

**Festakt
„50 Jahre
Deutscher Bundestag“**

Berlin, 7. September 1999

Festakt „50 Jahre Deutscher Bundestag“

Stenographisches Protokoll

Herausgeber:
Deutscher Bundestag
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Bonn 1999

Protokollierung:
Deutscher Bundestag
Stenographischer Dienst

Fotos:
Hans Günther Oed, Werner Schüring

Gesamtherstellung:
Bonner Universitäts-Buchdruckerei



Inhalt

	Seite
Ansprache des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse	5
Ansprache der Präsidentin a.i. des Rates der Interparlamentarischen Union und Vizepräsidentin des indischen Oberhauses, Dr. Najma Heptulla	12
Ansprache des Abgeordneten Dr. Peter Struck (SPD)	18
Ansprache des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU)	25
Ansprache des Abgeordneten Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35
Ansprache des Abgeordneten Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.)	41
Ansprache des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi (PDS)	47
Ansprache der Abgeordneten Anke Fuchs (SPD)	52
Ansprache des Abgeordneten Michael Glos (CDU/CSU)	59

**Musikalische Umrahmung:
Kammermusik-Ensemble für Blechbläser
„bach, blech & blues“**



Musikalischer Auftakt:

Monteverdi/„Toccata“

„Peter Gunn“ aus „Blues Brothers“

Festakt „50 Jahre Deutscher Bundestag“

Berlin, Dienstag, 7. September 1999



Präsident Wolfgang Thierse: Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Herr Präsident des Bundesrates! Herr Bundeskanzler! Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes! Frau Präsidentin Heptulla! Sehr geehrte Präsidentinnen und Präsidenten der ausländischen Parlamente und der Interparlamentarischen Versammlungen! Liebe ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages! Liebe aktive Kolleginnen und Kollegen! Exzellenzen! Herr Nuntius als Vertreter des Diplomatischen Corps! Verehrte Ehrengäste! Meine Damen und Herren! Heute vor 50 Jahren, am 7. September 1949, fand die konstituierende Sitzung des 1. Deutschen Bundestages statt – in Bonn, dem ausdrücklich so verstandenen Provisorium. Ein Pro-

visorium war Bonn in jeder Hinsicht: Die 402 Abgeordneten und die Ehrengäste versammelten sich im Turnsaal einer ehemaligen Pädagogischen Akademie, die in aller Eile als Tagungsort hergerichtet worden war. Zeitzeugen wie meine Amtsvorgänger Annemarie Renner und Richard Stücklen können uns von der Anspannung berichten, die über dieser konstituierenden Sitzung lag. Von den Menschen in Deutschland, gerade auch im Osten, wurde diese erste Sitzung an den Radiogeräten mit Spannung verfolgt.

Hinter den neugewählten Parlamentariern lagen harte Jahre der Diktatur und eines unbewältigten und grausamen Krieges, für den sie Verantwortung zu übernehmen hatten. Hinter ihnen lag auch die Mühsal der ersten Schritte in die Demokratie in einem zertrümmerten Land, mit Nöten, Sorgen, Hunger, Millionen Vertriebenen, Tausenden von Vermissten. Gleichwohl war bereits eine Verfassung, unser Grundgesetz, erarbeitet worden, waren Parteien gegründet worden und hatte ein Wahlkampf stattgefunden. Vor den Parlamentariern lag eine Fülle von bedrängenden Aufgaben. Sie reichten allerdings weit über die aktuelle Not in der Bevölkerung, über den Wiederaufbau hinaus.

Die – nun muß ich sagen – westdeutschen Parlamentarierinnen und Parlamentarier wollten der Demokratie zum Erfolg verhelfen. Menschenwürde und individuelle Freiheit sollten an die Stelle des unkritischen Kadavergehorsams treten. Die Deutschen hatten zu begreifen: Wir sind nicht die Größten, wir sind nicht die Mitte Europas, die mit anderen ein Spiel treibt. Die Abgeordneten wollten, daß Deutschland im kulturellen und politischen Sinne endlich und endgültig ein westliches Land wird.

Die Grundentscheidungen waren schon gefallen. Sie hießen soziale Marktwirtschaft und parlamentarische Demokratie. Es galt nun, sie mit Leben zu erfüllen. Zugleich bedrängten die Kriegsfolgen das junge Parlament. Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen mußten integriert werden. Der Lastenausgleich wurde dafür erfunden. Deutschland war geteilt. Die Hoffnung auf eine rasche Überwindung dieses Zustands war sehr lebendig. Es sollte aber 40 Jahre dauern, die in erster Linie die Ostdeutschen auszuhalten hatten.

Die Spaltung Europas zeichnete sich 1949 bereits klar ab. Der kalte Krieg war in vollem Gange. Die Menschen sehnten sich nach Normalität, Aussöhnung und Frieden. Es sah nicht so aus, als ließe sich diese Sehnsucht so bald erfüllen.

Warum rufe ich uns dies heute in Erinnerung? Ich selbst war damals noch ein kleiner Junge, der mit viel Glück die Flucht aus Breslau überlebt hatte. Meine eigene Erinnerung setzt ein bei Lebensmittel-

marken, mit denen ich abgezählte Wurstscheiben und Kartoffelportionen beim Kaufmann holen mußte. Ich erinnere an diese Anfänge, weil sie uns mit Dankbarkeit erfüllen. Dankbarkeit dafür, daß 50 Jahre später die Präsidentinnen und Präsidenten von 47 Staaten und 7 Interparlamentarischen Versammlungen heute hier bei uns zu Gast sind und dokumentieren: Deutschland ist wieder ein geachteter Teil der internationalen Völkerfamilie.

(Beifall)

Dankbarkeit dafür, daß wir trotz der Probleme, die wir im Innern haben, nicht die Probleme des ersten Deutschen Bundestages haben. Dankbarkeit für 50 Jahre, die zu der Hoffnung ermutigen – und diese Hoffnung zum Teil erfüllt haben –, deutsche Geschichte und deutsche Demokratie könnten endlich einmal gut ausgehen und endlich einmal gelingen.

Trotz dieser Leistung hat das Parlament stets und von Anfang an in der Kritik gestanden. Aber was wäre eine Demokratie ohne Kritik? Hätte man die Erwartungen der Mehrzahl der Deutschen an den Deutschen Bundestag im Jahr 1949 auf eine kurze Formel gebracht, so hätte diese wohl gelautet: Wohlstand und Frieden, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit in einem vereinten Deutschland und in einem geeinten Europa.

Auch in der DDR, die parallel gegründet worden war, konnten die politischen Herrschaften, die nicht wagten, sich freien Wahlen zu stellen, nicht ganz ohne Bekenntnis zur Einheit und zum Frieden auskommen. Aber auch hier gingen viele mit ehrlichem Enthusiasmus an den Aufbau eines Gemeinwesens, dessen Zweck antifaschistisch und friedliebend sein sollte. Tatsächlich aber war es die freiheitliche und soziale Demokratie, wie sie seit 1949 im Westen geschaffen wurde, die sich als die überzeugendere und nachhaltigere Antwort auf die Diktatur des NS-Staates erwies.

Wir haben aber auch Glück gehabt: das Glück, bei den Alliierten – den USA, Frankreich, Großbritannien – statt auf Rache auf Verständnis zu stoßen; das Glück, schnell am internationalen Handel teilnehmen zu können, so daß sich das „Made in Germany“ dank der Leistungen der Ingenieure, der Arbeiter und der Unternehmer als Qualitätsausweis bewähren konnte; das Glück, bei den von Deutschland überfallenen Völkern auf Versöhnungsbereitschaft und das gemeinsame Interesse zu treffen, nach vorne zu schauen und ein unvergleichliches Friedenswerk, die Europäische Union mit Deutschland, zu schaffen.

Den ehemaligen DDR-Bürger, der hier vor Ihnen steht, hat bis heute nicht das Glücksgefühl darüber verlassen, daß wir Ostdeutschen

nun dazugehören. Deshalb bin ich froh, daß ich mich mit dem gesamten Deutschen Bundestag in dem Ziel einig weiß, die anderen Europäer, die es sich sehnlich wünschen, auch in die demokratische, freiheitliche und – nicht zu vergessen – ökonomisch erfolgreiche Europäische Union aufzunehmen.

(Beifall)

Es bedurfte des Mutes der Menschen in der DDR, sich die Demokratie zu erkämpfen – im richtigen Moment. Es war auch ein Mut der Verzweiflung, bestärkt durch das Beispiel unserer polnischen Nachbarn, beflügelt durch den Entschluß der Ungarn, den Eisernen Vorhang zu öffnen, gekrönt von der Bereitschaft aller Nachbarn Deutschlands, die so ermöglichte Einheit auch einverständlich zu vollziehen. Deshalb kann diese Geburtstagssitzung der deutschen demokratischen Volksvertretung heute in Berlin mit so vielen Gästen stattfinden.

Niemand – am allerwenigsten der Bundestagspräsident – wird behaupten, alle diese Hoffnungen seien allein vom Deutschen Bundestag erfüllt worden. Im Gegenteil: Die anderen Verfassungsorgane, die Bundesregierungen, die Bundeskanzler von Konrad Adenauer über Willy Brandt bis zu Helmut Kohl, der Bundesrat und das Bundesverfassungsgericht, die Bundesländer und die Kommunen haben erhebliche Beiträge zu dieser erstaunlichen Entwicklung geleistet und tun es immer noch. Wir Deutschen werden niemals vergessen, wieviel wir über 50 Jahre der Hilfe unserer Nachbarn und Freunde verdanken: beim Wiederaufbau unseres Landes, in der Phase des Ost-West-Gegensatzes, vor allem aber im Hinblick auf die deutsche Einheit.

X Und dennoch: Der Deutsche Bundestag hat an diesen Entwicklungen gewiß entscheidenden Anteil gehabt. Alle Macht geht vom Volke aus, vom Souverän, der das Parlament wählt. Das Parlament wählt die Regierung und übrigens auch die Verfassungsrichter. Das Parlament entscheidet über Gesetze und Verträge. Der Weg, die Grundkoordinaten, die 1949 vorgezeichnet wurden, waren richtig und bleiben bestehen. Trotz der Kritik, die unser Parlament immer wieder erfährt und mitunter auch verdient, macht dieser Rückblick Mut.

Natürlich hat es in fünf Jahrzehnten auch Fehler, Skandale und Versäumnisse gegeben. Ist nicht die soziale Marktwirtschaft in manchen Phasen zu sehr als Freibrief für grenzenloses Wirtschaften und zu wenig als Instrument sozialer Verantwortung ausgelegt worden? Hätten die Gefährdungen der Umwelt nicht früher erkannt und thematisiert werden müssen? Können gegenseitige politische Schuldzuweisungen und die Verabsolutierung gesellschaftlicher Partikular-

Direktore Formen der Demokratie?

interessen eine überzeugende Antwort auf das Problem der Massenarbeitslosigkeit sein?

Gehen die 40 plus zehn guten Jahre, die mit der Stadt Bonn verbunden bleiben, nun etwa zu Ende? Ich glaube es nicht. Sicher, Parlamentarier sind auch nur Menschen, sie unterliegen Zeitströmungen und Moden, erliegen Emotionen und sind fehlbar. Bestimmt befinden sich die Staaten – nicht nur Europas – an einem Wendepunkt, der viele dramatische Veränderungen erzwingt und energische Reformen verlangt. Wieder einmal besteht die Gefahr des Scheiterns. Aber ich bleibe – mit dem gesamten Deutschen Bundestag, denke ich – zuversichtlich.

Auch wenn Solidarität und Gerechtigkeit heute nüchterner „sozialer Zusammenhalt“ genannt werden, wird es immer mehr Menschen, Wissenschaftlern, Polizisten, Parlamentariern, Frauen und Männern wieder klar: Politische Systeme, die Solidarität und Gerechtigkeit nicht gewährleisten, Gesellschaften, zumal in Europa, die diese Werte nicht leben, sind vom Zerfall bedroht. Solidarität und Gerechtigkeit sind Zwillingsgeschwestern der Freiheit. Es gibt keine Freiheit des einzelnen ohne die Freiheit der jeweils anderen. Die Erkenntnis hat sich ausgebreitet, daß sich so verstandene westliche soziale Demokratie in der heutigen Zeit nicht mehr mit denselben Mitteln erhalten und gestalten läßt wie in der reinen Industriegesellschaft der vergangenen Jahrzehnte und Jahrhunderte.

Über die neuen Mittel und Instrumente muß gestritten werden. Sie verstehen sich nicht von selbst. Das ist die Chance der Parlamente und unseres Parlaments. Sie wird um so mehr genutzt werden können, je mehr die nationalen Parlamente sich der internationalen Wirkung und Bedeutung ihrer Entscheidungen bewußt sind. Vieles, was noch vor kurzem klassische nationale Angelegenheit war, wird nur noch auf der Grundlage europäischer Zusammenarbeit bewältigt werden können, auch Steuer-, auch Sozial-, auch Beschäftigungs- und auch Umweltpolitik. Dies ist die neue politische Qualität, die sich im 50. Jahr der stabilen und erfolgreichen deutschen parlamentarischen Demokratie ergibt.

Der Kommunikations- und vor allem Legitimationsprozeß, das Werben um die Zustimmung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger wird dadurch nicht einfacher werden. Die Zusammenarbeit, der Erfahrungsaustausch, die durchaus vorhandene wechselseitige Beeinflussung der Parlamente untereinander sollten deswegen intensiver und transparenter werden. Junge Demokratien, ob in Osteuropa oder zum Beispiel in Afrika, versuchen, vom Deutschen Bundestag zu lernen. Der Deutsche Bundestag hat gerade in den letzten Jahren sehr intensiv von den holländischen, französischen und britischen

Den oberh.
Gewinn
E.L.?

Wird der
Parlament
te?

Welche?
wo für?

Kollegen zu lernen versucht. Er hat in den USA und auf den anderen Kontinenten nach brauchbaren Lösungen gesucht und sie vielfach auch gefunden. Mir scheint, daß wir noch einen Schritt weiter gehen müssen, nämlich den Schritt zu gemeinsamen Lösungen, - in der Europäischen Union sowieso, aber auch darüber hinaus.

Im Innern der Bundesrepublik Deutschland haben wir heute die Probleme, die sich manche frühere Parlamentarier gewünscht haben: die Probleme der deutschen Einheit. Manchmal scheint das Bewußtsein von der Unteilbarkeit von Freiheit und Demokratie getrübt zu sein. Für junge Menschen, sofern im Westen geboren, sind beides Selbstverständlichkeiten. Ihnen fehlt - zum Glück - die Erfahrung von Diktatur und Gewaltherrschaft. Das mindert nicht ihre Freiheitsliebe, aber es mindert womöglich das Wissen, daß Freiheit nicht von selbst besteht. Sie bedarf des Engagements und der Zivilcourage.

Im Osten Deutschlands mußten die Menschen nach der NS-Zeit über 40 Jahre unter einer anderen Diktatur leben. Sie sammeln erst seit 1989/90 - durchaus gemischte - Erfahrungen mit der parlamentarischen Demokratie. Die Demokratisierung Westdeutschlands ging seit 1949 einher mit dem wachsenden Wohlstand und allmählicher Vollbeschäftigung; in Ostdeutschland herrscht seit zehn Jahren große Arbeitslosigkeit. Von den Ostdeutschen deshalb dieselbe Begeisterung für die Demokratie zu erwarten, die in Westdeutschland über 50 Jahre gewachsen ist, wäre vielleicht zuviel verlangt. Hier muß sich das Parlament erst noch bewähren. Dann aber wird sich auch hier - davon bin ich fest überzeugt - bestätigen, daß es zur Demokratie keine vernünftige, menschenwürdige Alternative gibt. Da es in den öffentlichen Dingen keine letzten Wahrheiten gibt, ist demokratischer Streit das vernünftigste und aussichtsreichste Mittel, das uns zur Verfügung steht.

vielleicht
mehr
Demokra-
tie!

③ nicht
nur dort

Im Parlament, dem Forum der Nation, muß Demokratie sichtbar, anschaulich, lebendig werden. Hier hat sie ihre Überzeugungskraft zu beweisen. Das ist unsere Aufgabe, jenseits von und in allem parlamentarischen und parteipolitischen Streit. Vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen, voran ihrer aktuellen Erfahrungen, ist Gerechtigkeit den Ostdeutschen - man liest es immer wieder - ein noch höherer Wert als den Menschen im Westen der Bundesrepublik. Mehr noch als in von der Industrie geprägten Gesellschaften hat sie mindestens drei soziale Dimensionen: die Gerechtigkeit der Bildungschancen, die Gerechtigkeit der Teilhabe und die materielle Verteilungsgerechtigkeit. Der moderne Staat kann kein Fürsorgestaat sein, der die meisten Dinge des Lebens regelt, wie es die DDR um den Preis der Freiheit wollte. Er muß aber den Rahmen bieten, der jedem Mann - und jeder Frau gerechte Chancen bietet, ihre Dinge, ihr Leben selbst

zu regeln. Das können Markt und Wettbewerb nicht. Das kann nur demokratische Politik. Und deshalb hat Parlamentarismus Zukunft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor 50 Jahren, bei der konstituierenden Sitzung des 1. Deutschen Bundestages, begegnete Deutschland zu Recht großer Skepsis. Heute, zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Bundestages, besuchen uns 70 Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten aus nah und fern sowie Präsidenten der wichtigsten interparlamentarischen Versammlungen. Ihre Anwesenheit bei dieser Feststunde dokumentiert den Weg, den wir Deutschen seitdem gehen durften. Ich danke Ihnen dafür im Namen des gesamten Bundestages und des deutschen Volkes.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich Frau Professor Najma Heptulla, die als amtierende Präsidentin der Interparlamentarischen Union, der weltweiten Vereinigung der Parlamentarier, nach dem nun folgenden Musikstück im Namen aller unserer internationalen Gäste zu uns sprechen wird. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Musikalische Überleitung:

Weser/Susato: „Danserey“



Präsident Wolfgang Thierse: Sehr geehrte Frau Präsidentin Heptulla, darf ich nun um Ihre Ansprache bitten.

Dr. Najma Heptulla, Präsidentin a. i. des Rates der Interparlamentarischen Union und Vizepräsidentin des indischen Oberhauses: Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen Parlamentspräsidenten, sehr geehrte Mitglieder des Bundestages und Bundesrates, meine Damen und Herren!

Es ist für mich eine Ehre, heute bei Ihnen sein zu dürfen und mich im Namen der Interparlamentarischen Union an diesen erlesenen Kreis von Parlamentspräsidenten der Mitgliedstaaten des Europarats und der G8-Staaten und an die Mitglieder des Bundestages und des Bundesrates wenden zu können.

Wir sind heute hier zusammengetreten, um den 50. Jahrestag der konstituierenden Sitzungen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zu begehen. Während des Bestehens dieser beiden Institutionen haben Europa und letztlich die ganze Welt einen gewaltigen Wandlungsprozeß durchlaufen. Vor 50 Jahren hatte die Welt gerade einen verheerenden Krieg hinter sich. Millionen von Menschen hatten den Tod gefunden, ganze Staaten waren verwüstet

worden, Volkswirtschaften lagen in Trümmern, und überall hungerten Menschen. Eine enorme Wiederaufbauarbeit hatte soeben erst begonnen.

Heute leben wir in ganz anderen Verhältnissen. Die Welt ist zu Wohlstand gekommen, auch wenn der Reichtum keineswegs gerecht verteilt ist. Außerdem ist unsere Welt von Interdependenz geprägt. Die Staaten, ihre Völker und Volkswirtschaften sind wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte miteinander verbunden. Wir leben in einer Welt der augenblicklichen Kommunikation, in der Veränderungen in einem Teil des Erdballs den anderen Regionen sofort bekannt werden und sich dort auswirken. In unserer Welt leben die Völker und Staaten nicht mehr isoliert nebeneinander her. Unsere Welt ist zum „globalen Dorf“ geworden.

Während wir nun an der Schwelle zum dritten Jahrtausend stehen, sieht sich die Völkergemeinschaft der großen Herausforderung gegenüber, die internationale Zusammenarbeit zu erhalten und auszubauen. Es kann keine Alternative zur Zusammenarbeit miteinander geben. Kein Staat – sei er nun groß oder klein – kann isoliert von seinen Nachbarn und der größeren Völkergemeinschaft leben. Während der letzten fünfzig Jahre ist die Staatengemeinschaft bei der Bewältigung gemeinsamer Probleme ein gutes Stück vorangekommen. Lassen Sie mich aber auch festhalten, wie die jüngsten Ereignisse in verschiedenen Teilen unseres Planeten belegen, daß die Staaten noch einen weiten Weg zurücklegen müssen, um eine internationale Zusammenarbeit bei der Lösung weltweiter Probleme zu erreichen.

X
das kann
eine Lösung
an Demo-
kratie
sein

Wenn ich auf die letzten fünf Jahre als Präsidentin des Oberhauses des Parlaments meines Heimatlandes Indien und als amtierende Präsidentin des Interparlamentarischen Rates zurückblicke, möchte ich eine besonders bedeutsame spezifische Veränderung hervorheben – das Streben nach Demokratie. Es erscheint mir besonders angemessen, dies hier in Berlin zu tun, jener Stadt, die während der letzten fünfzig Jahre mit unserem gemeinsamen Ringen um die Freiheit identifiziert worden ist. Vor nunmehr fast zehn Jahren kam es endlich zum Fall der Mauer, die Berlin teilte. Dieses Ereignis symbolisiert die Demokratie mehr als jedes andere. Es machte deutlich, daß sich kein politisches System auf Dauer halten kann, wenn es dem Volk keine Beteiligung am öffentlichen Leben ermöglicht.

Wie viele von Ihnen wissen, hat die Interparlamentarische Union eine Allgemeine Erklärung zur Demokratie verabschiedet. Diese Erklärung trifft die Aussage, daß die Demokratie nun ein universell anerkanntes Ideal darstellt. Sie ist ein Ziel, das auf gemeinsamen Wer-

ten beruht, die bei allen kulturellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden zwischen den Völkern auf der ganzen Welt geteilt werden. Sie ist ein grundlegendes Bürgerrecht, das unter den Bedingungen der Freiheit, der Gleichheit, der Menschenwürde, der Transparenz und der Verantwortlichkeit ausgeübt werden soll.

Die Demokratie ist sowohl ein anzustrebendes Ideal als auch eine Regierungsform, die nach Modalitäten anzuwenden ist, aus denen die vielfältigen Erfahrungen und die kulturellen Besonderheiten hervorgehen, ohne daß international anerkannte Grundsätze, Normen und Standards aufgegeben werden. Sie ist somit ein laufend vervollkommneter und immer wieder zu vervollkommnender Zustand. Deshalb müssen wir stets trachten, unsere Demokratien zu bewahren und zu verbessern.

Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit, an einige Wege zu erinnern, auf denen die IPU die Demokratie fördert. Demokratie setzt die Verwirklichung einer echten Partnerschaft zwischen Männern und Frauen bei der Führung der Angelegenheiten der Gesellschaft voraus. Wenn wir einen demokratischen Staat erreichen wollen, müssen Männer und Frauen gleichberechtigt und sich gegenseitig ergänzend daran arbeiten und ihre Unterschiede zu einer Bereicherung für beide Seiten werden lassen.

Wir bemühen uns in der IPU in vielfältiger Form um die Förderung dieses Ziels – durch Studien, Diskussionen und aktionsorientierte Tätigkeiten. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, Sie alle einzuladen, sich bei einer solchen Veranstaltung an der Arbeit der IPU zu beteiligen – bei einem Forum, das wir zusammen mit der UNESCO in den ersten Dezembertagen dieses Jahres zu dem Thema „Perspektiven der Demokratie: Weshalb Frauen zählen“ in Paris abhalten werden. Dieses Forum wird das letzte große parlamentarische Ereignis dieses Jahrhunderts sein. Wir streben an, einen Überblick über die Stellung der Frauen und ihren Einfluß auf die politische Szene zu erlangen und herauszuarbeiten, welche Veränderungen sie bewirkt haben. Das Gesamtziel besteht darin, ein weiteres Fundament für die Errichtung der Demokratie im nächsten Jahrhundert zu legen.

Die Demokratie ist mit den in den internationalen Menschenrechtsübereinkommen aufgeführten Rechten untrennbar verbunden. Diese Rechte müssen darum effektiv angewandt werden, und ihre angemessene Ausübung nimmt den einzelnen wie die Gemeinschaft in die Verantwortung. Die Demokratie beruht auf dem Primat des Rechts und der Ausübung von Menschenrechten. In einem demokratischen Staat steht niemand über dem Gesetz, und alle sind vor dem Gesetz gleich.

Die IPU verfügt, wie Sie alle wissen, schon seit langem über ein Menschenrechtsprogramm. Ein Eckstein dieses Programms sind die Bestrebungen der IPU, die Menschenrechte von Parlamentsabgeordneten über ein Komitee zu verteidigen, das vor mehr als 20 Jahren für diesen Zweck ins Leben gerufen wurde. Ich kann, wie ich meine, mit Stolz feststellen, daß die IPU mit der Arbeit dieses Komitees im Laufe der Jahre einen bedeutsamen Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte auf allen Kontinenten geleistet hat.

Anfang dieses Jahres schloß die IPU eine Vereinbarung mit dem Hochkommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen. Wir sind nun dabei, gemeinsam ein Aktionsprogramm auszuarbeiten, mit dem die IPU die parlamentarische Unterstützung für den Schutz der Menschenrechte fördern wird.

Demokratie beruht auf dem Recht jedes einzelnen, sich an der Führung der öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen. Sie setzt darum das Bestehen repräsentativer Institutionen auf allen Ebenen und insbesondere eines Parlaments voraus, in dem alle Teile der Gesellschaft vertreten sind und das die erforderlichen Mittel und Befugnisse besitzt, um durch seine Gesetzgebung und die Überwachung der Regierungstätigkeit den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Es kann darum nicht überraschen, daß die IPU auch die Errichtung und Stärkung nationaler Parlamente fördert. Darin liegt schon seit langem ein Ziel der IPU, das jedoch in den letzten Jahren zu einer ihrer wichtigsten Programmtätigkeiten geworden ist. Heute führt die IPU eine breite Palette technischer Hilfsprojekte durch, von denen viele von Ihren Parlamenten unterstützt werden. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, Ihnen im Namen der IPU für diese Unterstützung zu danken. Lassen Sie mich außerdem der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir uns auf diesem besonders bedeutsamen Gebiet auch weiterhin auf die Partnerschaft zwischen Ihren Parlamenten und der IPU verlassen können.

Ich möchte zum Ende meiner Ausführungen zu dem zurückkommen, was ich als eine der grundlegenden Herausforderungen betrachte, vor denen wir in den nächsten Jahren stehen dürften: der Verwirklichung einer auf Achtung und Gleichheit aufbauenden internationalen Zusammenarbeit. Die IPU glaubt, daß Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unsere nationalen Grenzen überschreiten und auch in den internationalen Beziehungen zur Realität werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir auch die internationalen Organisationen - angefangen bei den Vereinten Nationen - „demokratisieren“.

Demokratisierung + Verantwortlichkeit
responsive + responsible

Die Charta der Vereinten Nationen beginnt mit den Worten „Wir, die Völker der Vereinten Nationen“. Es ist an der Zeit, diese hehren Worte Wirklichkeit werden zu lassen. Damit es dazu kommen kann, müssen die Vereinten Nationen/mehr werden als eine bloße Organisation von Regierungen. Sie müssen eine parlamentarische Dimension erhalten. Die Völker der Welt – über die Parlamentsabgeordneten, die sie zu ihrer Vertretung und zur Wahrung ihrer Interessen und Bestrebungen gewählt haben – müssen bei den Vereinten Nationen in direkter Form mitreden können.

Wir bei der IPU glauben, daß es im Interesse der Vereinten Nationen liegt, sich eine parlamentarische Dimension zu geben. Schließlich ist für die Umsetzung zahlreicher Tätigkeiten der VN parlamentarisches Handeln auf einzelstaatlicher Ebene erforderlich. Ein solches Handeln kann die Form der Ratifizierung internationaler Rechtsinstrumente, der Harmonisierung und Verabschiedung von Gesetzgebungswerken über solche Instrumente oder der Zuteilung von Finanzmitteln aus dem einzelstaatlichen Haushalt annehmen – von der Verbesserung des Verständnisses und der Unterstützung der Völker für die Tätigkeit der VN ganz zu schweigen.

Ebenso zwingend erforderlich ist eine engere Zusammenarbeit der Parlamente mit den VN. Heute beschränkt sich kein Problem ausschließlich auf das Staatsgebiet einzelner Nationen. Jedes Problem hat Ursachen und Wirkungen, die über die Grenzen hinausreichen, wobei diese Grenzen selbst mit jedem Tag, der verstreicht, unwirklicher werden. Demzufolge müssen die Parlamente direkter an der Zusammenarbeit bei allen internationalen Fragen teilnehmen, wenn sie in der Lage sein wollen, das ihnen auf nationaler Ebene erteilte Mandat wirksam erfüllen zu können.

Wie Ihnen bekannt ist, schlug die Interparlamentarische Union den Vereinten Nationen letztes Jahr vor, am Vorabend der „Jahrtausendversammlung“ am Sitz der VN eine Konferenz der Parlamentspräsidenten zu veranstalten. Dieser Vorschlag wurde von der VN-Generalversammlung begrüßt und wir arbeiten zur Zeit an der Vorbereitung dieser Veranstaltung. Ein Vorbereitungskomitee von Präsidenten aus gut 20 Staaten der ganzen Welt wurde eingesetzt, und ich freue mich, daß mehrere von ihnen heute unter uns weilen.

Das Komitee hielt in diesem Jahr auf die freundliche Einladung von Herrn Präsident Heinz Fischer aus Österreich hin schon eine erste Sitzung in Wien ab und setzte eine Arbeitsgruppe ein, die dann auf Einladung des französischen Parlaments, das ebenfalls eines der Gründungsmitglieder der IPU ist, in Arles zusammentrat. Sofort nach der heutigen Sitzung werden wir zu einer zweiten Sitzung dieses Komitees nach Marokko reisen.

Gegenwärtig arbeitet das Komitee am Entwurf einer Erklärung für die Konferenz im nächsten Jahr. Diese Erklärung – die natürlich eine politische Aussage darstellt – verfolgt drei Ziele: die Bekräftigung unseres Glaubens an die internationale Zusammenarbeit zur Lösung unserer gemeinsamen Probleme, die Herausarbeitung einiger vorrangiger Handlungsaufgaben für das nächste Jahrhundert und die Unterstreichung des starken Engagements unserer jeweiligen Parlamente – einzeln wie gemeinsam über die Interparlamentarische Union – zugunsten der Einführung einer parlamentarischen Dimension bei den Vereinten Nationen.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich Sie alle aufrufen, zur Mobilisierung der Unterstützung für die Strategie der IPU und genauer gesagt für die Konferenz der Präsidenten beizutragen, die vom 30. August bis zum 1. September 2000 im Plenarsaal der Generalversammlung der Vereinten Nationen stattfinden wird. Ich bin überzeugt, daß wir mit dieser Konferenz und der Zusammenarbeit bei der Umsetzung ihrer Ergebnisse während der Jahre danach einen überaus wertvollen Beitrag zur Schaffung einer demokratischen Weltordnung im nächsten Jahrtausend werden leisten können.

Ich danke Ihnen

(Beifall)

Musikalischer Rückblick „50 Jahre“



Präsident Wolfgang Thierse: Nun erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Dr. Peter Struck, das Wort.

(Michael Glos (CDU/CSU): Ein Struck geht durchs Land!)

Dr. Peter Struck (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem sehr amüsanten Musikstück gerade würde ich Sie bitten, den Ältestenrat prüfen zu lassen, ob wir die Plenarsitzungen nicht immer so beginnen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube allerdings, daß wir dann Probleme damit haben werden, wer über welches Musikstück entscheidet.

Im übrigen bin ich etwas irritiert über die Ankündigung im Programm. Dort heißt es: „Ansprachen der Fraktionen“. Ich denke, wir halten ganz normale Debatten- und Redebeiträge.

(Michael Glos (CDU/CSU): Jeder wie er es kann! – Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Mit 50 Jahren ist der Bundestag noch jung. Ich glaube, alle die, die älter sind, sagen: Das ist immer noch ein junges Alter. Gerade aber im Vergleich zu den Parlamenten unserer europäischen Nachbarn ist

dies überhaupt noch kein Alter. Für uns Deutsche jedoch sind diese 50 Jahre die längste Phase Demokratie, einer erfolgreichen parlamentarischen Demokratie, und das ist ein großer Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Es ist vor allem deshalb ein Erfolg, weil sowohl manche unserer Väter und Mütter als auch unsere Nachbarn sehr skeptisch waren, ob die Pflanze Demokratie nach der Hitlerdiktatur gedeihen würde. Wie groß, wie anhaltend diese Skepsis war, läßt sich an folgendem ersehen: Der ehemalige Bundespräsident Gustav Heinemann wagte auch nach 20 Jahren Parlamentarismus in der Bundesrepublik noch kein gefestigtes Urteil. 1969, also vor 30 Jahren, schrieb er:

20 Jahre sind eine kurze Zeit, und wir stehen jetzt noch allzu sehr in der Entwicklung, als daß wir schon sagen können, ob der Bundesrepublik Deutschland das Prädikat eines nach außen und innen gefestigten Staatswesens zusteht.

Diese Skepsis hat heute keine reale Basis mehr. Es gibt wohl niemanden, der die Stabilität unserer Demokratie bezweifeln würde. Selbst wenn wir uns wieder gemeinsam um das Aufflackern demokratiefeindlichen Denkens an den Rändern Sorgen machen – und machen müssen, wie der letzte Wahlsonntag wieder gezeigt hat –: Ernsthaft ist diese Demokratie nicht in Gefahr. Mißstände, Fehler und Versäumnisse werden zwar beklagt, die Demokratie wird aber nicht in Frage gestellt.

Diesen Grundkonsens schulden wir vielen, aber nicht zuletzt dem Bundestag selber. Es gilt als unstrittig, daß der Bundestag der Ort ist, an dem die politischen Wege abgesteckt werden, die das Land geht. Das Parlament hat diese Herausforderung in fünf Jahrzehnten gut angenommen und beeindruckend bewältigt. Nicht immer ging und geht es allen schnell und umfassend genug. Aber Parlamentarismus vollzieht sich eben nicht in großen Umwerfungen, sondern in vielen kleinen Schritten.

„Lieber viele kleine Schritte als keine“, diese Mahnung Willy Brandts galt Volksvertretern und Volk gleichermaßen. Mit vielen dieser kleinen Schritte ist das Koordinatensystem der Republik im Bundestag verankert worden: Gewaltverzicht und Wiederbewaffnung, Westbindung und Öffnung nach Osten, europäische Integration und deutsche Einheit, eine dynamische Marktwirtschaft und der soziale Ausgleich – das sind die großen Stichworte, mit denen der Bundestag dem Land seinen Stempel aufgedrückt hat.

Meine Damen und Herren, als der Bundestag vor 50 Jahren seine Arbeit aufnahm, war er das gewählte Parlament lediglich der Westdeutschen. Es ist unbestritten ein Glücksfall der deutschen Geschichte, daß wir das heutige Jubiläum als gesamtdeutsches Parlament feiern können. Dennoch muß festgehalten werden: Der Bundestag hat sich immer verpflichtet gesehen, die Belange der Menschen in der damaligen DDR mit zu denken. Selbst in der Phase, als die staatliche Vereinigung in immer weitere Ferne gerückt war, herrschte Übereinstimmung, den Menschen in der DDR das Leben erträglich machen zu müssen und zu sollen. Der Kampf von Herbert Wehner oder Rainer Barzel um innerdeutsche Reiseerleichterungen und um Besuchsgenehmigungen hatte das Ziel, die Trennung in den Köpfen nicht noch größer werden zu lassen.

Wie groß diese Trennung tatsächlich war, das erleben wir heute, zehn Jahre nach der staatlichen Einheit, immer noch schmerzlich. Es ist die Pflicht dieses gesamtdeutschen Parlaments, von Berlin aus diese Trennung energisch überwinden zu helfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Selbstverständnis, zur Arbeit und zu den Erfolgen dieses Parlaments vier Bemerkungen machen.

Die erste ist: Ein Parlament muß streiten, muß um den richtigen Weg ringen. Parlamente, in denen nicht gestritten wird, hatten und haben Alibifunktionen; sie sind keine Parlamente. Ein Parlament muß streiten, aber es darf nicht zerstritten sein. Es darf nicht darüber zerstritten sein, daß es keine Alternative zur parlamentarischen Demokratie geben kann. Davon können wir Deutschen übrigens ein bitteres Lied singen: vom Spott von der „Schwatzbude“ und dem „Affenhaus“, der schließlich in der Hitlerdiktatur als fürchterliche Niederlage für Demokratie und Parlamentarismus endete.

Der Sozialdemokrat Paul Löbe, der letzte Präsident des Reichstages vor der Nazidiktatur und der erste Alterspräsident des neuen Bundestages, hat in seiner Rede vor 50 Jahren gemahnt:

Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat. Wollen wir vor der deutschen Geschichte bestehen, dann müssen wir uns, ob in Koalition oder Opposition, so weit zusammenfinden, daßersprießliches für unser Volk daraus erwächst.

Wannsens

Wir würden das heute nüchterner formulieren. Aber auch heute gilt: Politische Diskussion darf nicht in unversöhnlichem Streit enden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Wir sollten immer daran denken, daß es bei allen politischen Gegensätzen vieles gibt, das uns allen gemeinsam ist.

Herbert Wehner, dem Konrad Adenauer den Ehrentitel eines „parlamentarischen Urgesteins“ verlieh, hat 1980, ebenfalls als Alterspräsident – das war meine erste Rede, die ich als neues Mitglied im Bundestag gehört habe –, den Bundestag aufgefordert, dieses Gemeinsame zu hüten und zu pflegen.

Noch eindringlicher ist die Mahnung Helmut Schmidts, ausgesprochen in seiner Abschiedsrede als Abgeordneter am 10. September 1986. Damals gab er uns allen folgenden Appell mit auf den Weg:

Kein Parlament, keine demokratische Ordnung kann überleben ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit. Die kann sich inhaltlich ausdrücken als Konsens. Sie kann sich formal ausdrücken als Respekt, als Achtung. Sie kann sich sogar als persönliche Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener Parteien ausdrücken. All dies jedenfalls ist für unser Parlament notwendig.

Meine Damen und Herren, der Verweis Helmut Schmidts leitet zu meiner zweiten Bemerkung über. Mit persönlichen Freundschaften geht man nicht hausieren, schon gar nicht, wenn sie über die Fraktionsgrenzen hinweggehen.

Dennoch spielen sie für das Binnenklima eine unschätzbare Rolle. Respekt und Achtung voreinander, davon können wir ein Stückchen mehr brauchen.

Ich möchte aber auch den inhaltlichen Konsens betonen. Es hat ihn über den normalen und notwendigen Streit um die Tagespolitik immer wieder gegeben, und es muß ihn geben. Ich erinnere an die großen sozialpolitischen Reformen, die zu großen Teilen im Konsens der Volksparteien möglich wurden.

Noch wichtiger: Es gibt in diesem Parlament eine andere Form des Konsenses, die sich in Kontinuität äußert, in der Form nämlich, daß die unterlegene Minderheit das Mehrheitsvotum anerkennt und in der Folge häufig als Grundlage der eigenen Politik akzeptiert. Ich erinnere an die Politik der Westbindung Konrad Adenauer, die wir Sozialdemokraten uns zeitverzögert zu eigen gemacht haben. Und umgekehrt haben Christdemokraten die von ihnen zunächst heftig bekämpfte Ostpolitik Willy Brandts nach Jahren akzeptiert und für sich zur unverrückbaren Grundlage gemacht.

Gerade in den angesprochenen grundlegenden Fragen war und ist die Unabhängigkeit des Parlamentariers berührt. Dazu meine dritte Bemerkung. Wir alle beziehen unsere Legitimation aus Art. 38 des Grundgesetzes, in dem unmißverständlich festgelegt ist, daß ein Volksver-

6 X
treter nicht an Weisungen und Aufträge gebunden und nur dem Gewissen unterworfen ist. Und das Gewissen ist persönlich. Es darf nicht an der Eingangstür einer Fraktion oder an der Eingangstür zu diesem Plenarsaal abgegeben werden; und das wird es auch nicht. Daraus ergibt sich für jeden von uns – für den einen mehr und den anderen weniger – ein Spannungsverhältnis. Andererseits kann nur die Gemeinsamkeit in Fraktionen die Handlungsfähigkeit und die Fähigkeit zu dauerhaften Mehrheitsbildungen im Bundestag sicherstellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

26.11.
Zwischen diesen beiden Polen zu einer Synthese zu gelangen kann im Einzelfall sehr schwierig sein. Das haben wir alle in unserer parlamentarischen Arbeit schon erlebt.

Gewissen also contra Fraktionsdisziplin? Diese Frage hat Generationen von Volksvertretern und Wissenschaftlern bewegt; nicht nur die Individualisten unter ihnen, die dies öffentlich gemacht haben. Ich bin mit Helmut Schmidt einer Meinung, daß es nur eine Lösung geben kann: Jeder muß einerseits bereit sein, zu seiner Überzeugung zu stehen, andererseits muß jeder genauso bereit sein, die Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns zu beachten.

Carlo Schmid, einer der großen Individualisten der Gründerjahre, hat in diesem Zusammenhang einmal in sich hinein die Frage gestellt: Ist es denn sicher, daß gerade ich recht habe, wenn vier Fünftel meiner Fraktion der Meinung sind, ihre Vorstellung von der Sache sei besser als meine?

Ich finde, jeder von uns, der sich auf seine Gewissensfreiheit beruft, muß sich selbst zuvor diese Frage ernsthaft gestellt haben. also vorbehaltlos d.h. Disziplin?

Ergebnis
Daraus allerdings ergibt sich, daß auch die Handlungs- und Verantwortungsgemeinschaft Fraktion eine besondere Verpflichtung hat. Zu diesem Aspekt eine vierte Bemerkung. Nach den Erfahrungen von Weimar haben die Gründerväter und Gründermütter des Grundgesetzes dem Bundestag eine neue Verantwortung auferlegt: Sie haben ihm das Recht zuerkannt, den Bundeskanzler zu wählen, haben ihm aber gleichzeitig die Pflicht gegeben, diesen Bundeskanzler auch zu tragen. Er ist über das konstruktive Mißtrauensvotum nur dann abwählbar, wenn gleichzeitig ein anderer gewählt wird.

Damit wurde dem in Weimar ebenso üblichen wie verheerenden Kanzlersturz ins Leere ein Riegel vorgeschoben. Bekanntlich kam es nur einmal in der Geschichte des Parlaments, nämlich 1982, zu einem erfolgreichen Mißtrauensvotum.

(Unruhe bei der CDU/CSU)

– Ich verstehe Ihre Unruhe gar nicht. Warten Sie erst einmal ab, was ich sagen werde.

Fraktionsdisziplin ist die wichtigste Aufgabe der Repräsentativität der Partei dafür dass nicht 250 Abgeordnete in Kenntnis des Sachverhalts nicht alle Entscheidungen selbst treffen, sondern eine ungeschulte viel

2. Lesung

6

Es gibt freilich auch die Kritik, die jeweilige Mehrheit nehme es mit ihrer Aufgabe als Kontrolleur der Regierung nicht ernst. Das ist Ihnen zu Ihrer Regierungszeit so ergangen, und so geht es uns zu unserer Regierungszeit. Ich halte diese Vorwürfe für unberechtigt.

(Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Ich auch!)

Es hat wohl immer der Überzeugungskraft der Regierungen bedurft, ihre Fraktionen hinter sich zu halten. Es wird immer notwendig sein, daß das Zusammenspiel zwischen Regierung und Mehrheitsfraktionen konstruktiv gestaltet wird. Nur: Es folgt nicht den Regeln des Plenums, sondern der internen Debatte.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Eine Regierungsfraktion muß ihrem Kanzler ein verlässlicher Seismograph für das Machbare sein. Das ist für beide Seiten nicht immer angenehm; weder für die eine noch für die andere. Besonders der erste Kanzler der Republik, Konrad Adenauer, muß das so empfunden haben. Jedenfalls hat dieser rheinische Katholik einmal eingestanden, daß die kritischen Fragen in seiner Fraktion dem Fegefeuer vergleichbar seien. Ich denke, Herr Bundeskanzler, solche Situation haben Sie bei uns noch nie erlebt.

(Beifall bei der SPD)

Der Deutsche Bundestag ist ein selbstbewußtes Parlament. Er korrigiert die Regierung, wenn es sein muß, und zwar nicht nur in Details. Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, das uns, die die Gründungsjahre der Bundesrepublik nicht aktiv erlebt haben – auch ich war erst sechs Jahre alt, als der Bundestag vor 50 Jahren zusammentrat –, nicht ohne weiteres erinnern ist: Die strikt demokratische Verfaßtheit der Bundeswehr, ihre unumkehrbare Verantwortung in Staat und Gesellschaft und die Institutionalisierung des Amtes des Wehrbeauftragten hat der Bundestag gegen den erklärten Willen des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer ertrotzt. Ich bin sicher, wenn es darauf ankäme, würden wir so etwas heute wieder tun.

Der Bundestag hat endgültig und unwiderruflich seine Arbeit – am Sitz des alten Reichstages – aufgenommen. Der neue Ort wird und soll Alltag werden, so wie Bonn in fünf Jahrzehnten den Alltag der Republik bestimmt hat. Das war insgesamt gesehen ein erfolgreicher Alltag, aber Verbesserungen sind möglich und beabsichtigt. Wir wollen hier an die Traditionen und an die Erfolge, die wir in Bonn erarbeitet haben, anknüpfen. Wir stehen in der Kontinuität Bonns. Berlin ist ein neuer Ort, der aber keine neue Republik bedeutet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ge-
licht
sem
er-
we-
ein-
t zu

ann
par-

tio-
die
Ich
ge-
ing
ren-

re,
ge-
ftel
che

uft,
vorbehalten?
ant-

hat.
gen
ind-
ha-
ben
zler
nur

den
sam
, zu

was

stuf-
de für
is des
in ent-
e

kleinere Gruppe v. Mitgliedern des Bundestages 23
Gesandten haben mitgetragen, völlerst. "Republikaner" sind,
die ihrerseits von einem internationalen, völlerst. "Republikaner" sind,
Republikaner haben gestützt sein können (vgl. Bundestag)

Die Bürger sollen wissen, daß das Parlament in Berlin genauso wie in Bonn um die besten Lösungen für das Land ringt. Lassen sie uns die Arbeit hier fortsetzen! Lassen Sie uns ringen, streiten und debattieren und zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen treffen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie des Abg. Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.])



Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Wolfgang Schäuble.

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Über 50 Jahre Bundestag und 50 Jahre parlamentarische Demokratie in Deutschland hat unser Bundestagspräsident zu Recht gesagt, daß es 50 Jahre vieler Erfolge waren. Wir haben Grund, für das, was in diesen 50 Jahren in Deutschland geworden ist, dankbar zu sein. In diesen 50 Jahren herrschte stabile Freiheit. Wir haben Grund, aus den Erfolgen und Erfahrungen der letzten 50 Jahre auch Selbstvertrauen und Zuversicht für die nächste Etappe zu schöpfen, die jetzt in Berlin beginnt, wo wir unsere Arbeit regulär aufnehmen. Es ist sehr symbolträchtig, daß dieses Jubiläum mit der regulären Aufnahme der Arbeit in Berlin zusammenfällt, auch im Hinblick auf das bald beginnende neue Jahrhundert.

Herr Kollege Struck, ich habe viel Verständnis dafür – wir wollen ja eine Debatte führen und keine Ansprachen halten –, daß Sie jetzt viel lieber Blechbläser als irgend etwas über das Sommertheater im Parlament hören wollen. Das kann ich gut verstehen.

(Dr. Peter Struck (SPD): Darüber reden wir noch!)

- Darüber werden wir nächste Woche reden. - Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, werden dann übrigens feststellen, daß ich dem Kollegen Struck in vielen Punkten zustimmen werde. Ich habe vor nicht allzulanger Zeit dieselben Erfahrungen gemacht, die Sie jetzt machen, und umgekehrt. Das ist so üblich in einer Demokratie.

X
Ich möchte hinzufügen: Wir sollten uns trotz aller kritischer Debatten, die es über das Parlament, über die Abgeordneten und über die Parteien zu Recht gibt und die wir ernst nehmen müssen, immer klarmachen, daß das Parlament das Herz der Demokratie ist. Ohne dieses Herz gibt es keine Demokratie und keine demokratische Freiheit.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

W
Ich bin überzeugt davon, daß gerade angesichts der Veränderungen durch moderne Medien, durch die Medienvielfalt im Informationszeitalter die repräsentative Demokratie - das ist der Grundgedanke des Parlamentarismus - noch alternativloser als in der Vergangenheit die einzig mögliche zukunfts-trächtige Form ist, um Demokratie stabil zu halten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Wenn das
die einzige
Teil ist!
Sagt viel über
den Staat
das Parlament
ist das
Gefühl
Parlamentarismus
Trotz aller Kritik, trotz Sorgen, die wir uns über schwankende und in der Tendenz nachlassende Wahlbeteiligungen machen müssen, glaube ich nicht, daß das Interesse an unserem Parlament abnimmt. Vom Fernsehkanal „Phoenix“ hören wir, daß er seine höchsten Einschaltquoten hat, wenn Debatten des Deutschen Bundestages übertragen werden. Wir brauchen nicht zu resignieren. Die Menschen sind nach wie vor an dem interessiert, was in diesem Parlament an Argumenten ausgetragen wird.

Im übrigen liegt es an uns: 50 Jahre Deutscher Bundestag, das sind fast 50 Jahre Debatten um eine Parlamentsreform. Furchtbar weit sind wir nicht gekommen. Am besten machen wir es, wenn wir es schaffen, im Austausch von Argumenten lebendige Debatten zustande zu bringen - auch mit Streit, auch mit Fröhlichkeit und auch mit Verletzungen. All das gehört dazu. Seien wir nicht zimperlich! In anderen Parlamenten schlagen die Wogen der Leidenschaften oft viel höher als im Deutschen Bundestag. Wir sollten nicht zulassen, daß Streit diskreditiert wird. Dazu gibt es keinen Grund.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P. und des Abg. Dr. Gregor Gysi [PDS])

Ich füge hinzu: Ich wünsche mir, daß wir in Deutschland auch in den Printmedien eine intensivere, aufmerksamere und kritischere, aber verständnisvollere Parlamentsberichterstattung haben. Da kann man von anderen Ländern zum Teil lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Wenn diejenigen unter uns, die gelegentlich frei reden, dafür nicht bestraft würden, daß sie in den Redaktionsstuben keine Manuskripte abliefern, sondern die Journalisten zwingen zuzuhören, dann aber auch über diese Reden berichtet würde, dann würde es auch in diesem Punkt ein wenig besser.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Das Parlament ist die Bühne für den politischen Wettbewerb. Wettbewerb und Streit – Streit ist nichts Negatives – sichern in der Politik die Freiheit. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Wettbewerb ist in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft so wie das Prinzip der Evolution in der Natur das Element, das die stärksten menschlichen Eigenschaften, Phantasie, Leidenschaft, Kreativität, wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit, am besten hervorruft und fördert. Deswegen sollten wir uns zum Wettbewerb in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in den sozialen Sicherungssystemen, in der Politik und in der parlamentarischen Demokratie bekennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

In unserem parlamentarischen Regierungssystem steht die Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit im Parlament im Mittelpunkt. Dies steht im Gegensatz zu anderen Verfassungen, etwa zu Präsidialverfassungen, wo die Regierung anders gewählt wird und nicht zwangsläufig eine Mehrheit der Parlamentsmitglieder hinter sich hat. Verfassungspolitisch ist das nach meiner Überzeugung der eigentliche Unterschied. Wir haben das Westminster-Modell, und wir sind mit dem parlamentarischen Regierungssystem gut gefahren.

Natürlich ist man lieber Mehrheit, obwohl auch das nicht nur fröhlich ist, wie Sie inzwischen feststellen. Ich kann das verstehen.

(Dr. Peter Struck (SPD): Ich kann das bestätigen!)

– Herr Struck, Sie werden traurig sein, wenn Sie wieder Minderheit sind, und wir werden uns freuen. Das sage ich Ihnen vorher.

Wir haben unterschiedliche Aufgaben. Natürlich muß die Mehrheit dafür sorgen, daß sie Mehrheit ist und bleibt; sonst kann sie den Regierungsauftrag nicht erfüllen. Das kann ich an einem solchen Tag leichter und mit weniger Verdacht, mißverstanden zu werden, sagen als der Kollege Struck. Die Minderheit hat einen eigenen Auftrag. Mehrheit und Minderheit haben unterschiedliche Aufgaben in dieser Form von parlamentarischer Demokratie – bei durchaus gemeinsamer Verantwortung für unsere Demokratie und unser Gemeinwesen.

Das heißt übrigens auch: Weil wir unterschiedliche Aufgaben und unterschiedliche Verantwortung haben, sollten wir nicht die parlamentarischen Institutionen und die parlamentarischen Prozesse unserer Verfassung zu leicht außer Kraft setzen. Mir wird zur Zeit ein wenig zuviel von Gipfeln, von Allparteiengesprächen und sonstigem gesprochen. Ich habe gar nichts dagegen. Wer immer mit mir sprechen will: Meine Telefonnummer ist in Berlin und auch sonst bekannt. Aber ich sage Ihnen: Verachtet mir die Institutionen nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Wir wollen unterschiedliche Verantwortungen nicht verwischen. Der runde Tisch taugt besser für den Übergang von der Diktatur zur Demokratie denn als Dauereinrichtung für die Demokratie.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen gehört es natürlich auch zum parlamentarischen Prozeß, daß wir innerhalb der Fraktionen Mehrheiten bilden. Diese Mehrheiten haben uns übrigens die Wähler bei Wahlen übertragen, darüber entscheiden wir nicht selber. Manchmal fallen diese Mehrheiten knapp aus, manchmal sind sie klar, aber sie müssen sich dann später auch widerspiegeln. Deswegen muß es natürlich Willensbildungsprozesse in Fraktionen und übrigens auch in Koalitionen geben, wenn eine Fraktion keine Mehrheit hat. Ohne dieses gibt es keine Mehrheiten und keine stabile Regierung. Deswegen ist das Gerede vom Fraktionszwang ein Gerede, das von wenig Verständnis für die Mechanismen parlamentarischer Demokratie zeugt. Dieses möchte ich bei diesem Anlaß deutlich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der F.D.P.)

Ich würde übrigens, Herr Kollege Struck, nicht von einem Widerspruch zwischen Gewissen und Fraktionszwang sprechen. Bei den allermeisten Entscheidungen, die getroffen werden müssen, gibt es diesen – das müssen wir zugeben, wenn wir ehrlich sind – nicht. Die

Auseinandersetzungen beispielsweise um die Ladenschlußgesetzgebung, ob die Geschäfte samstags bis 14 Uhr und einmal im Monat bis 16 Uhr öffnen dürfen, die ich in der letzten Legislaturperiode in meiner Fraktion erlebt habe, haben – mit Verlaub – mit Gewissen relativ wenig zu tun. Man sollte dieses nicht so dramatisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hier geht es um unterschiedliche Meinungen und Interessen, Verpflichtungen und Rücksichtnahmen, die zu respektieren sind. Manchmal berührt eine Entscheidung auch das Gewissen. Wenn dieses wirklich der Fall ist, hilft nichts, dann muß man entsprechend seinem Gewissen entscheiden. Man sollte aber nicht jede Alltagsentscheidung als Gewissensentscheidung dramatisieren, bloß weil man eine bestimmte eigene Position nicht zugunsten der Mehrheit aufgeben will. Diese Forderung ist legitim. Meine eigene Gewissensentscheidung war in meiner Arbeit als Abgeordneter immer ein wichtiger Gesichtspunkt für mich, aber die Handlungsfähigkeit und das Funktionieren unserer parlamentarischen Prozesse sind auch wichtig. Wenn jeder nur macht, was er will, bekommen wir keine Mehrheiten, haben wir keine stabile Demokratie und die Freiheit unserer Bürger ist weniger sicher. Deswegen herrscht hier kein Widerspruch, sondern es geht um die richtige Anwendung der Prinzipien im Einzelfall.

Von Ausnahmen abgesehen sollten wir uns weiterhin bemühen – Sie und auch wir –, jeweils mit unseren Mehrheiten unsere Ziele durchzusetzen. Was würde es sonst auch nützen, innerhalb der Fraktion Abstimmungen durchführen zu lassen, bei denen eine Mehrheitsmeinung gebildet werden soll, wenn nachher die Minderheit sagt, sie interessiere nicht, was die Meinung der Mehrheit ist? Dann brauchen wir gar nicht abzustimmen, dann wäre jeder auf sich gestellt.

(Dr. Peter Struck (SPD): Richtig!)

Hinzufügen möchte ich gerne, damit Sie nicht zu fröhlich sind: In der repräsentativen Demokratie haben nach einer Wahl eine Partei oder eine Koalition zwar für eine Legislaturperiode die Mehrheit, aber sie müssen ihre Mehrheit Tag für Tag in dem unendlich komplizierten Prozeß öffentlicher Diskussionen und Meinungsbildungsprozesse bilden, erhalten und durchsetzen, oder sie werden angegriffen. Davon können Sie inzwischen ein Lied singen. Auch ich könnte es.

(Dr. Peter Struck (SPD): Jeder lernt es!)

– Natürlich, so ist es. Deswegen gelten ja einmal festgefügte Mehrheiten nicht vier Jahre lang, sondern unter dem Druck öffentlicher Diskussionen finden Veränderungen statt. Das haben wir in diesem

⊗ Workshop
abgeschlossen
Gutachten
fertig
zu sein!

X oben

↳
Gewissensentscheidung
→ Instanz
→ Freilich
Bürger
in der

Kontrolle

Jahr in vielfältiger Form erfahren. Das geht ohne jeden Zweifel weiter so, Herr Bundeskanzler.

(Beifall bei der CDU/CSU)

2
Davon lebt die Demokratie, und zwar jeden Tag und nicht nur alle vier Jahre bei Wahlen. Die Bürger nehmen jeden Tag mittelbar auf die Entscheidungen in diesem Hause Einfluß. So funktioniert repräsentative Demokratie. Deswegen ist es mir wichtig, bei diesem Anlaß festzuhalten, daß es nicht reicht zu sagen, Mehrheit ist Mehrheit, wir brauchen die Opposition nicht und machen vier Jahre mit unserer Mehrheit unsere Politik, sondern Mehrheiten müssen sich Tag für Tag und Monat für Monat – manchmal ist es schwerer, manchmal leichter – bewähren. So ist die repräsentative Demokratie die bessere Form, um das Zusammenleben von Menschen unter den Bedingungen politischer Freiheit zu ermöglichen.

Zu diesen Bemerkungen würde ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, gerne hinzufügen: Nach meinem Verständnis gehört zu 50 Jahren parlamentarischer Demokratie in Deutschland auch die Erinnerung an die kurze Spanne der Tätigkeit der frei gewählten Volkskammer, die am 18. März 1990 gewählt wurde.

(Beifall im ganzen Hause)

4
Hätte der Runde Tisch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Wende und die friedliche Revolution in der damaligen DDR nicht bald in freie Wahlen und in parlamentarische Demokratie münden lassen, dann wären, davon bin ich überzeugt, Einheit und Freiheit in Deutschland nicht gelungen. Deswegen möchte ich Ihnen, Frau Präsidentin Bergmann-Pohl, und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen aus der einzigen frei gewählten Volkskammer an diesem Tage meinen Dank und meinen Respekt aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Man muß einmal sehen, was die frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer in wenigen Monaten geleistet haben, und das mit dem Ziel und in dem Bewußtsein, sich selber abzuschaffen. Wir im Bundestag wollten nur über eine Parlamentsverkleinerung, über die Begrenzung auf 600 Abgeordnete entscheiden. Also: Noch einmal doppelter Respekt vor der Leistung.

Ich füge auch die Bemerkung hinzu: Wegen meines großen Respekts vor den Leistungen und den Entscheidungen der frei gewählten Abgeordneten der Volkskammer im Jahre 1990 müssen wir wohl auch manchen Entscheidungen, bei denen heute kritisiert wird, daß wir sie nicht im vereinten Deutschland getroffen haben, ein Stück mehr Respekt entgegenbringen. Die frei gewählte Volkskammer hat sie

nicht getroffen. Zum Beispiel hat sie sich nicht mit einer Amnestie beschäftigt. Sie hätte das tun können, aber das im wiedervereinten Deutschland nachzuholen wäre falsch gewesen. Entscheidungen wie die bezüglich der Bodenreform, Vermögensfragen, Behandlung von Stasiakten, Gauckbehörde, sind Entscheidungen der frei gewählten Abgeordneten der ehemaligen Volkskammer. Schon deswegen haben diese Entscheidungen Anspruch auf Respekt und Beständigkeit. Wir sollten dreimal überlegen, sie hier noch einmal zu hinterfragen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir hatten in den 50 Jahren natürlich vielfältige Veränderungen und viele Entwicklungen – auch dazu will ich eine Bemerkung machen – im Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesrat, zwischen Bund und Ländern. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir versuchen sollten, den Gesetzgebungsspielraum der Länder nicht immer mehr durch Aushöhlung der konkurrierenden Gesetzgebung durch den Bund zu verringern und das zu kompensieren, indem die Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung über den Bundesrat immer enger wird. Denn wenn wir weniger klare Zuständigkeitsabgrenzungen haben, ist das Ergebnis, daß wir auch eine weniger klare Zuordnung von Verantwortlichkeit haben. Ich glaube, klare Zuordnung von Verantwortlichkeit schafft bessere Ergebnisse.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das gilt im übrigen in besonderer Weise für die Europäische Union. Zu den großen Veränderungen, die zur Zeit und in der Zukunft stattfinden, gehört, daß wir in unserer Rolle als Parlament auch unser Verhältnis zur Europäischen Union und zum Europäischen Parlament neu erfahren und neu bedenken müssen.

(Anke Fuchs (Köln) (SPD): Sehr richtig!)

Ich finde es übrigens ein besonders schönes Symbol am heutigen Tag, daß wir, wenn ich richtig informiert bin, zum ersten mal in unserem Parlamentsplenarsaal neben der schwarzrotgoldenen Fahne auch die Europafahne haben. Das gehört zusammen, und das ist die Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge gleich hinzu: Auch in Europa werden wir stärker eine klare Abgrenzung von Zuständigkeiten brauchen. Ich glaube übrigens nicht – insofern habe ich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber

überwiegend
wie sonst

2 X

dem großen Appell der Präsidentin der Versammlung der Interparlamentarischen Union -, daß wir die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ebenen staatlicher oder öffentlich-rechtlicher Gebietskörperschaften in erster Linie durch Parlamente organisieren können. Das geht in Deutschland nicht, das geht in Europa nicht, und ich weiß nicht, ob es weltweit geht, ob die Vereinten Nationen in dieser Hinsicht Erfolge haben können, auch im Zusammenwirken mit der Vereinigung aller Parlamentspräsidenten.

Dort, wo es um die Ausübung öffentlicher Macht geht - in Europa ist das der Fall -, müssen wir klare Zuständigkeiten der Regierungen haben, die wir in dem jeweiligen Rahmen kontrollieren: die Landesregierung im Landtag, die Bundesregierung im Bundestag und, wenn wir eine europäische Regierung haben, möglichst stark im Europäischen Parlament. Anders, denke ich, wird es nicht funktionieren.

Bew

Wir haben eine weitere Veränderung. Vor 50 Jahren hätte sich niemand vorstellen können, daß wir, Regierung wie Parlament, eines Tages über den Einsatz der Bundeswehr, über den Einsatz militärischer Mittel zur Friedenssicherung entscheiden müßten. Man hätte sich damals bei uns auch nicht vorstellen können - in anderen Ländern ist das ein wenig anders -, daß das nicht allein die Regierung oder der Oberbefehlshaber - oder wer immer die Kommandogewalt ausübt - entscheidet, sondern daß die konstitutive Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Ich glaube, daß das bei der Bedeutung dieser Entscheidung und angesichts der Zurückhaltung im Umgang mit militärischen Mitteln, die wir uns in diesen 50 Jahren Gott sei Dank überall in Europa angewöhnt haben, eine richtige Entwicklung ist.

Ich füge hinzu - ich finde, das dürfen wir an diesem Tag sagen -: Die ersten Erfahrungen, die wir mit dieser neuen Herausforderung gemacht haben, haben wir als Parlament gut bestanden. Auch das muß heute gesagt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Bilanz der 50 Jahre an diesem Tag ist keine unkritische; das wäre auch ganz unziemlich, wenn wir eine solche Bilanz selber ziehen würden. Manche sagen auch, gerade in Deutschland seien die Auseinandersetzungen zu schwerfällig, es dauere zu lange, Reformen seien schwer durchzusetzen.

Unsere Schweizer Nachbarn sagen uns gelegentlich: Seid froh, daß nicht alles so schnell geht! - Herr Bundeskanzler, was wäre unserem Land erspart geblieben, wenn Sie am Anfang Ihrer Regierungszeit

ein paar Fehler nicht gemacht hätten! Also: Manchmal ist es zu schnell und dann auch wieder zu langsam.

Aber ich sage Ihnen: Am Ende ist unsere parlamentarische Demokratie auch innovationsfähig. Was haben wir in diesen 50 Jahren nicht alles zustande gebracht: von der sozialen Marktwirtschaft über die europäische Einigung, die Westintegration und die Ostpolitik bis hin zur deutschen Einheit – und auch die dynamische Rente. Nicht aufgeben, Herr Riester! Wir bleiben lieber beim Generationenvertrag, bei der dynamischen Rente. Dies alles sind große Leistungen. Und auch in der Zukunft werden wir die notwendigen Entscheidungen zustande bringen.

Vielleicht muß es erst wieder Veränderungen geben, können es die einen besser als die anderen. Aber da sind wir schon wieder im Wettbewerb: darüber streiten wir nächste Woche. Ich bin ganz sicher: Auch in der Zukunft wird es in Deutschland Steuerreformen geben. Wir haben übrigens große Steuerreformen zustande gebracht: in den 80er Jahren, in den 90ern. Wenn wir eine klare Zuständigkeitsabgrenzung in bezug auf den Bundesrat bekommen oder eine vernünftige Bundesratsmehrheit – wir sind ja auf dem Weg –, wird es keine Blockade und keine Obstruktion mehr im Bundesrat geben. Auch dann sind wir einen Schritt weiter.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Renten werden wir sichern – miteinander.

Jedenfalls: Die Widerstände gegen Veränderungen in unserem Lande, die ja nicht Folge des Parlamentarismus, sondern eine Folge der Neigung zur

Verteidigung von Besitzständen sind – wie schwer haben wir uns getan, von Bonn nach Berlin umzuziehen; es gibt viele Beispiele –, sprechen nicht gegen die parlamentarische Demokratie und trüben nicht die Erfolgsaussicht, mit diesem Bundestag und mit dieser parlamentarischen Demokratie auch in der Zukunft das Beste für unser Land zu gestalten.

Dann werden wir über den richtigen Weg streiten und darüber, wer den besseren Weg hat. Das machen wir, so gut es geht, fröhlich, manchmal auch verbissen, aber insgesamt in dem Wissen um den Wert der Alternative, um den Wert der Freiheit, im Bewußtsein der vielen Mängel, die jeder von uns hat – nicht nur der andere, sondern wir alle –, und in der Verantwortung für das Erbe, das wir aus diesen 50 guten Jahren mit nach Berlin und in das nächste Jahrhundert nehmen.

In diesem Sinne wünsche ich uns, daß wir auch in den nächsten 50 Jahren unserer Verantwortung für die Menschen in unserem Lande gerecht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

hsten
serem

e-
3)



Präsident Wolfgang Thierse: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht nun Kollege Rezzo Schlauch.

Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Gäste! 50 Jahre Deutscher Bundestag, 50 Jahre Demokratie in der Bundesrepublik – das ist nichts Abstraktes, nichts der Welt Entrücktes und auch nichts, was wir an einem Tag wie heute auf den aller Kritik enthobenen Olymp heben sollten. Vielmehr kommt es auf das an, was die Menschen mit der bisherigen Arbeit des Parlaments in Bonn und unserer zukünftigen Arbeit hier in Berlin verbinden.

Jeder hat sicher eine andere Assoziation zum Thema „50 Jahre Deutscher Bundestag“. Ich möchte drei Ereignisse herausgreifen, die mich persönlich in den letzten Jahrzehnten besonders beeindruckt haben: Das war die damalige Diskussion über die Verlängerung der Verjährungsfrist von Naziverbrechen. Das war das Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt. Und das war – sehen Sie mir diese Subjektivität nach – der Einzug der Grünen in den Bundestag.

Viele junge Menschen hat die Debatte über den Umgang mit der deutschen Geschichte in den 60er Jahren politisiert. Sie wollten

ausbrechen aus der formierten Gesellschaft der damaligen Zeit. Sie stellten Fragen, sie forderten Antworten über die Vergangenheit und zogen Schlußfolgerungen für den Staat, in dem sie leben wollten. Die Studentenproteste bildeten den Impuls für das, was in den 70er Jahren unter dem Stichwort „Mehr Demokratie wagen“ zum Leitbild für eine umfassende Modernisierung unseres Landes wurde. Der Regierungswechsel 1969 markierte auch den Übergang von der formierten zur pluralistischen Gesellschaft. Oder um es in den Worten Willy Brandts in seiner ersten Regierungserklärung zu sagen: „Die Regierung kann in der Demokratie nur erfolgreich wirken, wenn sie getragen wird von dem demokratischen Engagement der Bürger.“

Willy Brandt war ja für viele Menschen das Symbol für eine neue Qualität von Demokratie in unserem Land. In der Abwägung zwischen dem Aufgreifen gesellschaftlicher Entwicklungen und der Bewahrung des Bestehenden, zwischen Kontinuität und Wandel entschied sich die Mehrheit des damaligen Bundestages für den Wandel, einen Wandel, der 1972 mit dem Mißtrauensvotum gegen Willy Brandt in Frage gestellt wurde. Die knappe Mehrheit von nur zwei Stimmen für Willy Brandt und seine Ostpolitik zeigt wie viele andere Entscheidungen der letzten 50 Jahre, daß große Entscheidungen nicht auch zwangsläufig große Mehrheiten brauchen.

Kontinuität und Wandel trafen auch mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 aufeinander. So empfand die Mehrheit des Parlaments die Rede des Mitglieds der ersten grünen Bundestagsfraktion Waltraud Schoppe zur Vergewaltigung in der Ehe damals als pure Zumutung. Sie hielt diese Rede vor einem grölenden, sich auf die Schenkel klopfenden Parlament älterer Herren. Heute, 16 Jahre später, ist die Vergewaltigung in der Ehe strafbar, und muten die damaligen Tumulte um die Rede Schoppes, gelinde gesagt, bizarr an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Neues aufnehmen, Zumutungen ertragen können, auch für außerparlamentarische Anregungen offen sein eben das sind Eigenschaften, die ein lebendiges Parlament auszeichnen. Denn oft sind es ja gerade die Initiativen jenseits der parlamentarischen Strukturen, die auf notwendige Veränderungen hinweisen. So wäre ohne die Ökologiebewegung das Bewußtsein für die Begrenztheit und den Wert unserer natürlichen Lebensgrundlagen nicht so weit entwickelt, wie es heute ist; so wäre ohne eine aktiv ihre Rechte einfordernde

Frauenbewegung der Anteil der Frauen in diesem Parlament noch geringer, als er heute ist. Ich will nur diese zwei Beispiele nennen.

Die wachsende Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Initiativen gerade bei jungen Menschen verdeutlicht auch, daß eine pluralisierte, mündige Gesellschaft nicht endlos darauf wartet, bis die Parteien, die hier in diesem Parlament versammelt sind, ihre Forderungen aufgreifen. Der Übergang vom Drei- zum Vier-Parteien-Parlament 1983 und später zum Fünf-Parteien-Parlament markiert insofern auch einen Schritt von einer pluralisierten zu einer partizipativen Gesellschaft. Politik in einer partizipativen Gesellschaft muß auch jenen Stimme und Gehör verschaffen, die keine eigenen Stimmen haben. Deshalb war die Reform des Staatsbürgerschaftsrechtes so bedeutsam.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es war überfällig, und es steht unserer Demokratie gut an, daß im Jahre ihres 50jährigen Bestehens dieser Schritt zur gleichberechtigten Teilhabe aller dauerhaft hier Lebenden endlich getan wurde. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, daß es oft lange, manchmal zu lange dauert, bis wir Parlamentarier gesellschaftliche Realitäten umsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der PDS)

Ein lebendiges Parlament sollte die Entwicklung der Gesellschaft nachvollziehen, ohne dem Zeitgeist blind hinterherzueilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Die oft vergessenen Mütter und vielbeschworenen Väter des Grundgesetzes haben uns viel Raum für politische Entscheidungen gelassen, uns aber auch bewußt hohe Hürden für eine Änderung der Verfassung gesetzt. Ich hätte mir gewünscht, daß die Mehrheit dieses Hauses diese Hürden entgegen dem herrschenden Zeitgeist bei der Änderung des Asylrechts und beim sogenannten großen Lauschangriff nicht übersprungen hätte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, 50 Jahre Deutscher Bundestag sind auch 50 Jahre, in denen die Parteien viel Energie darauf verwandt haben, ihren Einfluß auf unser Gemeinwesen über das Parlament hinaus auszudehnen. Diese Entwicklung hat weder dem Staat noch der Gesellschaft, noch der Politik gutgetan.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

✓
✓
Sie hat bei manchen Politikern Allmachtsphantasien und bei manchen Bürgern Allzuständigkeitserwartungen geweckt, die einer demokratischen Gesellschaft von mündigen Bürgern nicht angemessen sind. Eine selbstbewusste Bürgergesellschaft erwartet eben mehr, als alle vier Jahre zur Wahlurne gebeten zu werden.

Herr Schäuble, da sind wir anderer Ansicht: Volksbegehren und Volksentscheide sind Stichworte für eine umfassende Debatte über die Ausgestaltung der Demokratie, für eine aktive Bürgergesellschaft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Wolfgang Schäuble (CDU/CSU): Ich dachte, ihr hättet schon genug Theater!)

Demokratie ist der öffentliche Raum, in dem die Politik immer wieder neu um die Legitimation der Bürger werben muß.

Am 7. September 1949 sagte der Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages, Paul Löbe, in seiner Eröffnungsansprache:

Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als erste unserer Aufgaben vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, daß dieses Deutschland ein aufrichtiges, von guten Willen erfülltes Glied eines geeinten Europa sein will.

Die Westintegration unter Adenauer, die Ostpolitik Willy Brandts und das beharrliche Vorantreiben der europäischen Integration von Helmut Kohl legten die Grundsteine zur Verwirklichung dieses Ziels.

Heute begehen wir in Berlin, dem jahrzehntelangen Symbol für die Teilung unseres Landes, mit Abgeordneten aus allen 16 Bundesländern den Festakt „50 Jahre Deutscher Bundestag“. Dabei dürfen wir nicht vergessen, daß den Menschen in den neuen Ländern über 40 Jahre das vorenthalten wurde, was wir heute feiern: Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung. 50 Jahre Deutscher Bundestag, das ist die westdeutsche Erfahrung. 10 Jahre Deutscher Bundestag, das ist die ostdeutsche Erfahrung. Es sind zwei sehr unterschiedliche Erfahrungen, die mehr sind als die Summe ihrer Teile; denn wir begehen in diesen Tagen auch den zehnten Jahrestag der friedlichen Revolution in der damaligen DDR.

Die Bürgerrechtsbewegungen haben uns allen eindrucksvoll bewiesen, daß alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Demokratie ist eben keine Sache von Berufsdemokraten, wie mein Kollege Werner Schulz anlässlich der Einweihung des Reichstages in diesem Jahre zu Recht sagte.

So verstanden blicken wir heute zurück auf die Geschichte unseres Parlamentes und schauen voraus auf die Rolle unseres Landes in einem sich immer deutlicher abzeichnenden geeinten Europa. Eine Debatte über die zukünftige Rolle des Deutschen Bundestages zwischen Europaparlament und Föderalismus ist überfällig. Ein Mehr an europäischer Integration, das wir alle wollen, darf nicht zu einem Weniger an Demokratie führen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

Die Vollendung der deutschen Einheit, die Osterweiterung der Europäischen Union – gibt es für die Beratungen dieser Themen einen geeigneteren Ort als Berlin, die Stadt, in der die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten unseres Landes so unmittelbar aufeinandertreffen, die Stadt, die in den nächsten Jahren mehr noch als bisher Brücke nach Mittel- und Osteuropa wird, die Stadt, für die sich dieses Haus im Jahre 1991 als Sitz des Deutschen Bundestages entschieden hat?

Ich glaube, wir können heute in aller Sympathie mit dem Rheinland und in Würdigung der Verdienste Bonns in den letzten 50 Jahren sagen: Es war eine richtige Entscheidung, nach Berlin umzuziehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

„Bonn ist nicht Weimar“ lautete 1956 der Titel eines Buches von Fritz René Allemann, der bald zum Sinnbild für die Stabilität der noch jungen Demokratie in Deutschland wurde. Sowenig Bonn Zweifel an der Verwurzelung der Demokratie in unserem Land ließ, sowenig wird dies Berlin tun. Um so mehr muß uns aber der Einzug der DVU in Parlamente alarmieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der PDS)

In Berlin beginnt keine neue Republik. Dennoch steht unsere Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Eine sich rasant wandelnde Welt erfordert neue Antworten auf die zeitlos modernen Fragen nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Gleichzeitig gilt es, das, was Bundespräsident Johannes Rau den „Egoismus des Gegenwärtigen“ genannt hat, zu überwinden. Das Bedürfnis der heute lebenden Generation nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit findet ökonomisch wie ökologisch seine Grenze in dem Recht der kommenden Generationen auf Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Lassen Sie uns gemeinsam in diesem Hause in den nächsten Jahren die Grundlage dafür schaffen, daß unsere Kinder im Jahre 2049 auf 100 Jahre Deutscher Bundestag zurückblicken und so wie wir sagen können: Es waren trotz Kritik alles in allem gute Jahre.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

ren
auf
gen



Präsident Wolfgang Thierse: Für die F.D.P.-Fraktion hat nun ihr Vorsitzender, Wolfgang Gerhardt, das Wort.

Dr. Wolfgang Gerhardt (F.D.P.): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt eine ganze Serie von Feiern, Betrachtungen, Rückblicken und Ausblicken, die sich um den Datenkranz des fünfzigjährigen Jubiläums ranken. Um auf den Kern zu kommen: Unser Parlament, diese 50 Jahre Bundestag, unser Rechtsstaat, der föderative Staatsaufbau, aber auch sehr unabhängige Institutionen wie die Bundesbank und das Bundesverfassungsgericht, das sind für eine Demokratie unverzichtbare, befestigte Linien, die niemand überschreiten darf. Ich sage sogar: Bei vielen Institutionen, die in den letzten 50 Jahren manchmal auch beschimpft worden sind, müssen wir darauf achten, daß sie schattenspendende Institutionen bleiben.

Zu einer Demokratie gehört nämlich auch eine befestigte Linie und nicht nur der öffentliche Disput, weil sie sonst Gefährdungen unterliegt. Gefährdungen gab es ja in den letzten 50 Jahren. Eine Gefährdung bestand darin, daß manche im Namen der Freiheit für die Überdehnung der Freiheit eintraten. Sie kritisierten sämtliche Institutionen, die die Festigkeit, das internationale Ansehen

und die innere Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ausmachen. Daß dieser Angriff – dies war ein Angriff; auch Worte können angreifen – durch Haltungen und auch durch Entscheidungen der Bürger argumentativ zurückgeschlagen worden ist, sollte man nachdrücklich würdigen. Denn das gehörte zu den Gefährdungen, die die erste deutsche Demokratie zunichte gemacht haben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Verzerrung?

Vorhin sind von meinem Kollegen Rezzo Schlauch zurecht Bedenken hinsichtlich des Einzuges der DVU in Parlamente geäußert worden. Es reicht mir aber nicht, diese Bedenken vorzutragen. Dahinter verbirgt sich der Versuch, wieder ethnische Selbstvergewisserung zu betreiben, den wir ja in Ländern beklagen, die nicht die gefestigte innere Struktur wie die Bundesrepublik Deutschland haben, wo dies in dramatischen Ausmaßen vorkommt und wo solche Parteien nicht nur in Parlamente einziehen, sondern wo sie anderen Menschen zu Leibe rücken. Dies ist gefährlich, weil ihr Gedankengut der ethnischen Selbstvergewisserung ein Stück aus der Vergangenheit ist, was auch ein Grund für die Zerschlagung der Weimarer Republik gewesen ist.

Deshalb müssen wir diese Gefährdungen sehen. Es geht nicht nur um einen Wettbewerb, ob man bei Wahlen gewinnt oder verliert oder ob andere die Oberhand gewinnen. Wir müssen uns vielmehr klar sein, wo es befestigte Linien gibt, die in einer Demokratie nicht überschritten werden dürfen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Utopien?

Es gibt eine dritte Gefährdung; auch sie ist in Deutschland immer ausgeprägt gewesen. Ich meine die theoriesüchtigen Intellektuellenmilieus – wir erleben sie überall –, die sich nicht damit begnügen, daß Herr Struck, Herr Schäuble, Rezzo Schlauch und ich hier im Parlament über manches tagespolitische Erfordernis streiten und unterschiedlicher Meinung sind. Nein, sie bringen in einer großen Art gestalterische Entwürfe von Politik und vermitteln den Menschen Heilsbotschaften, die in der Geschichte niemals anders als in Unterdrückung geendet haben. Auch das war eine Gefährdung der Weimarer Republik.

Utopie
oder
Reform?

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Diese drei großen Gefährdungen sind immer noch vorhanden. Sie können uns nicht umwerfen, weil wir stabil geworden sind, aber wir müssen sie sehen. Viele Menschen, viele (Bürger) orientieren sich noch so. Manche glauben, diese alten Utopien immer wieder hervorkramen zu müssen; manche glauben, in schwierigen wirtschaftlichen Situationen wieder auf einfache Lösungen zugehen zu müssen; manche glauben, daß sie einfach nicht respektieren können, daß es auch im Namen der Freiheit befestigte Linien geben muß, die man nicht überschreiten darf. Denn es gibt außer einem selbst auch andere.

Das gelernt zu haben ist ein Stück dieser 50 Jahre Demokratie und der Debatten im Bundestag. Es hat uns diese lange Zeit gekostet. Ich wage zu bezweifeln, ob es uns so schnell gelungen wäre, wenn es nicht mit dem verbunden gewesen wäre, was wir alle „Wirtschaftswunder“ nennen. Denn die erste Phase der Nachkriegsgeschichte hatte auch viele Rückbezüge – wie wir heute so sagen – und auch viele eigene Verarbeitungen von Biographien in der alten Bundesrepublik Deutschland. Es gab immer wieder den Versuch, zu untermauern, daß diese zweite Demokratie doch Chancen hat. Theodor Heuss hat das in einem bemerkenswerten Satz ausgedrückt. Er hat gesagt, das Vertrautwerden der politischen Eliten mit den wirklichen Systemen des Westens über die alten Ressentiments hinweg sei die ganz wichtige Aufgabe der Nachkriegsgeschichte.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Das ist ein Satz, der nach meiner Überzeugung wirklich den Kern trifft. Mit Nachläufern dieser Ressentiments haben wir es in unserer Gesellschaft ja noch zu tun. Der Vorsitzendenkollege Schäuble hat vorhin bemerkt, wie Debatten im Parlament beobachtet werden, und gefragt, ob das Parlament Ansehen bei den Menschen genieße, die fähig sind, die öffentliche Streitkultur zu sehen, die wir ja für die unterschiedlichen Lebensvorstellungen einer Gesellschaft repräsentieren. Herr Struck hat bei diesem Thema auf den Ausdruck „Schwatzbude“ hingewiesen, der nicht nur Geschichte, sondern böse Geschichte gemacht hat.

Wir müssen jeden Tag – und zwar nicht nur durch die Sachverhalte, über die wir streiten, sondern auch durch die Kultur unserer Auseinandersetzung – das Vertrauen in das Parlament herstellen. Es ist in Deutschland eben nicht so, daß in jeder Familie ein Gedankengut beheimatet wäre, daß die Kultur des Streites im Parlament ein Ausdruck gelebter Demokratie ist. Wenn wir in Diskussionen sind, erleben wir eher das Gegenteil. Wir müssen unseren deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sagen, daß es nun einmal so ist: Wir repräsentieren im Parlament nichts anderes als ihre unterschiedlichen persönlichen Lebensentwürfe mit unterschiedlichen Einstellungen.

Erud. Verhältnisse

Das tragen wir an dieser Stelle aus; dazu bitten wir um ein Votum, denn dafür streiten wir.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

das
ist
doch
wohl
ein
Witz!

Dies müssen wir der Gesellschaft vermitteln. Wir müssen auch einmal ein Wort an die Gesellschaft richten dürfen, nicht nur die Gesellschaft an uns. Denn dieses Parlament wird seine Aufgabe nur wahrnehmen können, wenn wir die Allmachtsvorstellung von Politik wegnehmen, bescheidener werden und nicht jedem vorgaukeln, wir könnten alles lösen. Wir müssen aber auch eine Bürgergesellschaft bekommen, die nicht sagt: Der Staat – das sind die anderen.

Ein Parlament mit geschriebener Verfassung wird sich bei den virulenten Gefährdungen, die wir immer haben, am Ende nicht behaupten können, wenn es nicht Partner in einer Bürgergesellschaft findet, die nicht in den Gedanken „Selbstabsolution durch Legitimationsdruck auf andere“ und „Wir haben damit nichts zu tun“ beheimatet sind. Wir müssen unserer Gesellschaft sagen, daß eine geschriebene Verfassung allein nicht reicht, wenn die Gesellschaft sie nicht trägt.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch das ist eine Erfahrung, die wir in der Nachkriegsgeschichte machen können.

Wir müssen den Leuten sagen: Demokratie ist kein wirtschaftlicher oder sozialer Zweckverband. Demokratie ist nicht nur mit dem Verfassungsauftrag zur Hochkonjunktur verbunden. Demokratie ist die Fähigkeit, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden und unabhängig zu leben und seinen privaten Lebensentwurf unter Respektierung der Gesetze zu machen. Sie fordert die Fähigkeit heraus, sich darüber klar zu werden, warum man einem Verband wie der Bundesrepublik Deutschland angehört, welche Pflichten man auch in ihr hat, und zwar außerhalb jeder ganz normalen beruflichen Tätigkeit, der man auf Grund der privaten Lebensentscheidung nachgeht. Dieses Parlament mit seiner 50-jährigen Geschichte muß auch sagen: Wir erwarten einen politischen Verständnishorizont in einem Gemeinwesen, in dem die Vergangenheit gesehen und die Gegenwart bewältigt wird, in dem sich im wahrsten Sinne des Wortes Engagement zeigt und die Fähigkeit vorhanden ist, sich vom Staat zu emanzipieren wohlverstanden im Sinne des Wortes –, statt nur alles vom Staat zu fordern.

Wir sind im Streit befangen, wir gehören unterschiedlichen politischen Grundrichtungen an, aber wir repräsentieren keinen Staat,

der sich nur als Dienstleisterstaat versteht und dem die Bürger nur so gegenüber treten, als seien wir die Erfüllungsgehilfen. So wird er am Ende nicht funktionieren. Das muß einer Bürgergesellschaft auch gesagt werden können.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es wird oft über Stilempfinden gesprochen. Auch in vielen politischen Debatten diskutiert man über Stilempfinden sehr hochkarätig, meistens aber nur, um dem Gegner vorzuwerfen, er habe keines. Bundestagsdebatten wirken auf die Öffentlichkeit nicht überzeugend, wenn nur Sachverhalte behandelt werden. Auch nicht nur die Behandlung drängender Probleme macht das Ansehen des Parlaments aus. Die Kunst des Hervorbringens in Debatten, der kulturelle Umgang miteinander, sind mindestens so wichtig für das Ansehen des Parlaments wie etwa die Tatsache, daß die Bürger das Empfinden haben, wir diskutierten ihr drängendstes Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das kann man nirgends niederschreiben. Wenn Sie einen Koch fragen, warum die Cumberlandsoße gut gelungen ist, wird er Ihnen nicht erzählen, was im Kochbuch steht. Es ist die Kunst des Hervorbringens. Das gilt auch für die freie Debatte, für den kulturellen Umgang miteinander. Sie machen im Grunde das Ansehen des Parlaments aus.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir, die F.D.P., haben bei den wichtigen Entscheidungen der Nachkriegsgeschichte, die dieser Bundestag in unterschiedlicher Zusammensetzung getroffen hat, Glück gehabt. Das ist vorhin bereits angeklungen. Ich habe zu meinem Nachbarn hinter mir gesagt, wir sind eigentlich die einzige Partei, die in den großen Abschnitten der deutschen Geschichte nie mit sich im Streit lag: ob wir die Westbindung brauchen oder die Öffnung nach Osten. Wir freuen uns, daß sich die beiden anderen Fraktionen jetzt damit versöhnt haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Diese Diskussion können wir führen.

Wir haben in großen Zügen Einvernehmen. Es wird noch über Varianten gestritten, aber auch wenn viele fundamentalen Einwände kommen, so kann ich keinen erkennbaren durchschlagenden Grund gegen die marktwirtschaftliche Orientierung erkennen. Jedenfalls hat die zweite deutsche Demokratie in der wirtschaftlichen Grund-

ausrichtung eine Entscheidung getroffen, wenn auch im Streit, die sich hinterher als glücklich erwiesen hat.

Mit-
wirkungs-
rechte?

Die außenpolitische Grundorientierung, die wirtschaftliche Grundorientierung, aber auch das, was in Deutschland notwendig war, nämlich die wirkliche Ausprägung der Persönlichkeitsrechte, der Individualrechte, sind für die deutsche politische Kultur bedeutsam gewesen. In Deutschland sind Rechte oft als kollektive Rechte verstanden worden. Traditionelle politische Auseinandersetzungen in Deutschland haben eher Bedenken gehabt, ob man die Individualrechte so weit ausprägen sollte. Das ist in Deutschland etwas schwieriger als bei unseren französischen Nachbarn, die, wie Sie in den Geschichtsbüchern lesen können, etwas couragierter als wir waren.

Nein, meine Damen und Herren, es hat immer politischen Streit gegeben, und den wird es auch in Zukunft geben. Wir haben aber miteinander das Glück gehabt, in diesem Parlament für die Geschichte unseres Landes, für die innere Stabilität, für die Freiheit seiner Gesellschaft und für den außenpolitischen Respekt unseres Landes glückliche Entscheidungen getroffen zu haben. Dabei haben wir uns manchmal gerieben, aber mancher mußte hinterher in der Bilanz zugeben: Es ist ein Stück erfolgreiche Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie ist mit dem Glück verbunden, daß wir vereinigt und in diesem Parlament alle aus Deutschland vertreten sind. Das ist so wunderbar, daß wir uns darüber freuen sollten.

Nein, es wird keine Berliner Republik geben. Es bleibt die Bundesrepublik Deutschland, mit diesem Gefüge, mit ihrer Stabilität und ihren Chancen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P., der CDU/CSU, der SPD und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Präsident Wolfgang Thierse: Für die PDS-Fraktion hat nun Gregor Gysi das Wort.

Dr. Gregor Gysi (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gerhardt, nur eine Bemerkung: Zu den Gefahren, die Sie beschrieben haben, kommt noch eine dazu. Das ist die Gefahr der Intellektuellenfeindlichkeit.

(Beifall bei der PDS und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich zum Beispiel die Programme rechtsextremer oder auch anderer extremer Gruppen und Parteien ansehen, werden Sie feststellen, daß diese immer genau auf diesen Punkt setzen. Daher würde ich auch davor gerne warnen wollen.

50 Jahre Bundestag sind 50 Jahre erfolgreicher und stabiler parlamentarischer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Daran haben viele hier einen Anteil: Abgeordnete, Parteien, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht. Für Menschen aus der DDR wie mich ist dies ein nicht zu unterschätzender politischer und gesellschaftlicher Zugewinn, nachdem uns bis 1990 eine parlamentarische Demokratie nicht gegeben war.

Jubiläen sollte man zumindest nach meiner Auffassung nutzen, um ungelöste Probleme anzugehen. Was mich in diesem Zusammenhang sorgt, ist die abnehmende Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie in der Bevölkerung. Wir müssen uns doch fragen: Weshalb gehen so wenige Bürgerinnen und Bürger zu Kommunalwahlen, zur Europawahl oder letzten Sonntag zu den Landtagswahlen im Saarland und in Brandenburg? Weshalb versprechen sie sich nichts von ihrer Stimmabgabe zumindest für sich selbst? Weshalb überlassen sie die Entscheidung über die Zusammensetzung der Parlamente anderen? Informieren kann sich jede und jeder. Viel Mühe macht das Wählen auch nicht. Welche Gründe sind es also, die es ihnen sinnlos erscheinen lassen, an der Wahl teilzunehmen?

Natürlich verwundert mich das in gewisser Weise besonders bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern, überhaupt bei den Menschen in den neuen Bundesländern, weshalb man so schnell auf die Wahrnehmung einer solchen Möglichkeit verzichtet, wenn man diese Möglichkeit erst seit neun Jahren hat.

Ein Problem sehe ich zumindest in den wirklichen oder vermeintlichen Sachzwängen. Regierungen begründen unpopuläre Entscheidungen zu oft damit, daß es zu dieser Entscheidung keine - gar keine, wie ich letzten Sonntag gehört habe - Alternative gäbe, sie also nicht frei, sondern unter Sachzwang handeln würden. Der Zwang kann Globalisierung oder leere Kassen heißen. Das ist nicht so wichtig. Das Problem sehe ich darin, daß dann, wenn die Zwänge tatsächlich in immer größerem Maße existierten, wenn es tatsächlich immer weniger Alternativen und damit politische Spielräume gäbe, daß dann die Auswahl durch Wahl zum Parlament für die Menschen an Bedeutung verlieren muß. Denn was alternativlos ist, müßte durch jede bzw. jeden, zwischen denen bei einer Wahl ausgewählt werden kann, gleichermaßen getan werden. „Wozu dann auswählen?“ fragen sich immer mehr.

Auch die Opposition kann zu solchen Ansichten beitragen, insbesondere dann, wenn sie in Auseinandersetzung mit der Regierungspolitik Alternativen beschwört, die sie in Wirklichkeit nicht sieht und deshalb bei Regierungsübernahme auch nicht realisiert.

Einen zweiten Grund sehe ich in diesem Zusammenhang darin, daß es keine Bindung an Wahlversprechen gibt. Wie oft haben Wählerinnen und Wähler wegen bestimmter Wahlversprechen gewählt und sahen sich hinterher getäuscht, zumindest enttäuscht, gingen also nicht wieder wählen?

Dort, wo Menschen leben, wo sich ihr Leben konkret gestaltet, nämlich in der Kommune, werden die Spielräume aus rechtlichen und

finanziellen Gründen besonders eng. Hier wird zunehmend nach dem Motto gewählt: „Wer verwaltet fast nichts am besten?“ Das muß Kommunalparlamente und damit parlamentarische Demokratie überhaupt diskreditieren.

Letztlich sehe ich einen weiteren Grund in dem generell eher schlechten Ruf zum Beispiel der Bundestagsabgeordneten. Durch das von uns entworfene und zum Teil – wie ich meine – auch sehr verzerrende Bild in den Medien, aber auch durch unsere eigene Schuld gelten wir bei vielen als maßlos überbezahlt, häufig eher inkompetent und allem möglichen, aber nur selten dem Gewissen verpflichtet.

Wenn das so wäre, machte es verständlich, wenn sich Menschen an einer Wahl solcher Abgeordneter nicht beteiligen wollen. Also stehen wir doch alle vor der Frage: Wie machen wir die Demokratie attraktiver? Ich denke, wir sollten über einige Punkte nachdenken.

Erstens. Der Primat der Politik muß gesichert werden. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft. Politik darf nicht zur Magd der Wirtschaftsmächtigen verkommen. Sie darf sich nicht auf diese Art und Weise reduzieren lassen.

(Beifall bei der PDS)

Zweitens. Wir sollten politische Spielräume aufzeigen und nutzen, aber auch nicht solche dort vortäuschen, wo sie real nicht existieren, die Betreffenden sie zumindest nicht sehen.

Drittens. Die parlamentarische Demokratie sollte durch unmittelbare Demokratie ergänzt werden. Es geht darum, den Souverän, das heißt das Volk, souveräner zu machen. Wie wäre es damit, bei jeder Bundestagswahl nach einem geregelten Verfahren den Wählerinnen und Wählern zum Beispiel fünf Sachfragen zur Entscheidung vorzulegen? Gibt man den Menschen Verantwortung, verhalten sie sich auch verantwortlich, wie die Zeit der runden Tische in der DDR beweist. Wieviel attraktiver wären Bundestagswahlen, wenn Bürgerinnen und Bürger zeitgleich Sachfragen entscheiden könnten, die dann für den Bundestag und die Bundesregierung unabhängig von Mehrheitsverhältnissen verbindlich wären! Auf Wahlversprechen käme es zumindest in diesen Fragen nicht mehr so sehr an.

Viertens. Lassen Sie uns das Wahlrecht erweitern! Bei der Bundestagswahl wählen die Bürgerinnen und Bürger eine Direktkandidatin bzw. einen Direktkandidaten sowie eine Liste der Parteien. Lassen wir doch durch die Wählerinnen und Wähler nach dem Ankreuzen einer Liste einer Partei auch entscheiden, wer von dieser Liste konkret in den Bundestag gesandt werden soll, mit vielleicht drei Stimmen. Die Parteien allein entschieden ja wie bisher weiter, wer auf

ihre Liste kommt. Aber die Bürgerinnen und Bürger wären daran beteiligt, zu entscheiden, wer von dieser Liste tatsächlich in den Bundestag einzieht. Ich glaube, auch das machte Wahlen attraktiver und gäbe den Bürgerinnen und Bürgern ein Stück Souveränität zurück.

Wir sollten auch noch einmal über die Sperrklausel nachdenken. Neue politische Strömungen – ich begründe das heute einmal ganz anders – brauchen vielleicht zu lange, um sich im Parlament artikulieren zu können. Dadurch fehlt uns gelegentlich Innovation. Zuweilen reagieren wir auch zu spät auf neue, gefährliche Strömungen. Wir lassen uns bei 4,9 Prozent zu schnell beruhigen. Strömungen, die zu lange arbeiten müssen, um sich parlamentarisch artikulieren zu können, neigen dazu, andere Wege zu gehen, gelegentlich auch gefährliche.

Fünftens. Ich denke, wir brauchen mehr Dezentralisierung in Wirtschaft und Politik. Eine parlamentarische Demokratie muß zuerst in den Kommunen funktionieren. Hier sammeln die Menschen die ersten und unmittelbarsten Erfahrungen mit ihr, und hier haben sie den größten Einfluß. Wir brauchen also eine neue Kommunalverfassung. In den Kommunen muß entschieden werden, was dort entschieden werden kann. So muß auch ihre Finanzausstattung aussehen.

(Beifall bei der PDS)

Was nun das Parlamentsleben selbst betrifft, so stünde uns natürlich gelegentlich etwas mehr Bescheidenheit gut an. Wir müssen auch über bestimmte Rituale nachdenken. Die ersten Lesungen im Parlament gehen ja in Ordnung. Da reden wir alle in der Hoffnung, daß sich in den Ausschüssen noch das eine oder andere ändert. Die Beratung bei der zweiten Lesung ist sehr viel problematischer, zumindest in über 90 Prozent der Fälle, wo wir alle schon bei Beginn der Debatte ganz genau wissen, wie nachher abgestimmt wird. Dennoch reden wir hier miteinander so, als ob wir ernsthaft glaubten, es wäre noch etwas daran zu ändern.

Ich habe dafür keine Lösung, aber ich weiß, wie es ist, wenn man ein Ritual vorgibt und alle, die zuschauen und zuhören, auch wissen, daß wir an der ausstehenden Entscheidung nichts mehr ändern können. Es gibt natürlich Ausnahmen, zum Beispiel die Umzugsdebatte; aber das sind wirklich wenige im Parlamentsleben.

Dann zu den Ausschüssen. Ich stelle immer folgendes fest: Ist der Saal leer, fragen mich viele Bürgerinnen und Bürger draußen: Was machen die eigentlich? Dort findet eine Debatte statt, und keiner ist im Saal. Wofür werden die bezahlt? – Ist der Saal voll, erzählen sie mir: Was haben die schon groß zu tun? Die sitzen die ganze Zeit im Saal, spenden mal Beifall oder machen Buhrufe, und dafür werden

sie überbezahlt. – Es ist auch schwer, es den Bürgerinnen und Bürgern in dieser Hinsicht recht zu machen. Aber ich habe mir folgendes überlegt: Die meiste Arbeit leisten Abgeordnete in den Ausschüssen. Wir sind insofern selber schuld, als daß wir die Ausschußarbeit viel zu wenig transparent machen.

(Beifall bei der PDS sowie des Abg. Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn wir dort Öffentlichkeit und Medien zuließen, würde von der Arbeit der Abgeordneten ein anderer Eindruck entstehen. Wir sollten zumindest noch einmal gründlich darüber nachdenken, bevor dieser Gedanke verworfen wird.

Lassen Sie mich als letztes sagen: Die Akzeptanz von Demokratie hängt natürlich in hohem Maße davon ab, wie sie in der Lage ist, in der Gesellschaft zu mehr Gerechtigkeit, insbesondere zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zu mehr sozialer Sicherheit, zu mehr Chancengleichheit beim Zugang zu Kultur, Bildung und medizinischer Versorgung zu führen. Eine Demokratie muß fähig sein, das Verhältnis zwischen oben und unten, zwischen denen mit viel Eigentum und viel Geld und denen mit wenig Eigentum und wenig Geld, wenigstens in vertretbaren Grenzen zu halten. Auch darüber sollten wir nachdenken; denn alles andere ist gesellschaftszerstörerisch.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

CAI, FDP?



Präsident Wolfgang Thierse: Das Wort hat nun Kollegin Anke Fuchs, SPD-Fraktion.

Anke Fuchs (Köln) (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Am 14. August 1949 fand die Wahl zum 1. Deutschen Bundestag statt. Die Vereinigung der ehemaligen Bundestagsabgeordneten hat am 14. August in Bonn im Haus der Geschichte dieses Tages gedacht. Ich habe daran teilnehmen können und lauschte mit großem Interesse dem Podium, auf dem unter anderem Annemarie Renger, Richard Stücklen und andere Kolleginnen und Kollegen saßen.

Die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen berichteten über diese erste Wahl, über den Wahlkampf, der dieser Wahl vorausging, darüber, unter welchen Bedingungen dieser erste Bundestagswahlkampf stattfand, und darüber, was es bedeutet, Wahlkampf in einem Land zu führen, das in weiten Teilen von Zerstörung und Not geprägt war, in einem Land, das Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen hatte, in dem Wohnungen fehlten und in dem Menschen unter Hunger, Kälte und Entbehrungen litten. Die Älteren unter uns, die diese Zeit als junge Erwachsene oder als Kinder miterlebt haben, wer-

den die Bilder der zerstörten Städte und wohnungssuchenden Menschen noch deutlich vor Augen haben.

Annemarie Renger, unsere erste Bundestagspräsidentin, hat in dieser Veranstaltung zu Recht darauf hingewiesen, wie wichtig es war, daß schon in diesem ersten Wahlkampf, der übrigens sehr polarisierend war, Parteien vorhanden waren. Parteien waren schon vor der Verabschiedung des Grundgesetzes aktiv; sie haben mit ihren Mitgliedern durch ihre Arbeit den Beginn geprägt und die Strukturen in den vom Krieg zerstörten Städten, in den Stadtparlamenten und in den Landtagen – die Länder waren ja vor der Bundesrepublik Deutschland konstituiert – erarbeitet. In diesem Wahlkampf haben Auch die Mitglieder von Parteien die Menschen von der Demokratie überzeugt und zur Demokratie geführt.

Ich sage das deswegen, weil Parteiarbeit oft als überflüssig und wenig hilfreich angesehen wird – so als ob wir alle Parteien auflösen sollten. Ich bin überzeugt, das Parteien besser werden und aktiver sein könnten; aber sie haben es verstanden, die zentralen Probleme, Interessen und politischen Vorstellungen zu erfassen, zu bündeln und in den politischen Prozeß einzubringen. Wir sind eben kein Ständestaat, und wir sind auch keine Ansammlung von Lobbyistenvereinen; unsere Demokratie lebt vielmehr von einzelnen Bürgern, die sich engagieren – natürlich nicht nur in Parteien, sondern auch in Vereinen und Gesellschaften. Die Aufgabe der Parteien ist es, Wertorientierung, Grundüberzeugung und die Kreativität der Menschen zu bündeln und dann auch die Auswahl derjenigen Menschen zu treffen, die in den Parlamenten arbeiten sollen. Ich plädiere also dafür, die Parteiarbeit zu unterstützen und sie nicht immer nur negativ zu begleiten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Wahlbeteiligung war hoch am 14. August 1949, sie betrug 78,5 Prozent. Vier Jahre später betrug sie 85 Prozent und 1957 sogar 87,8 Prozent. Die Menschen beteiligten sich nach der Nazidiktatur an der demokratischen Willensbildung und wollten im Westen eine stabile Demokratie auf den Weg bringen. Ich sage wie alle heute morgen: Es ist beunruhigend und deprimierend, wie gering die Wahlbeteiligung vor allem in Brandenburg und auch im Saarland war. Wir dürfen nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Ich stimme Ihnen, Herr Kollege Gerhardt, völlig zu: Zum einen müssen wir uns fragen, wie unsere Politik transparenter und besser gemacht werden kann. Aber zum anderen müssen wir uns auch fragen, wie wir Menschen davon überzeugen können, sich selbst zu engagieren. Selbst der größte Frust und eine ungerechte Entscheidung müssen doch dazu führen,

daß man sich engagiert, um Veränderungen zu erreichen. Deswegen rufen wir auch den jungen Menschen zu: Engagiert euch! Wahlenthaltung zu üben ist keine Form der staatsbürgerlichen Beteiligung. Wir sollten feststellen: Es ist für uns schlicht nicht akzeptabel, wenn Bürgerinnen und Bürger ihr Wahlrecht nicht in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Unsere Geschichte des Parlamentarismus ist durch zahlreiche Brüche, Rückschläge und Diskontinuitäten geprägt. Ursache hierfür waren nicht nur die äußeren historischen Entwicklungen, sondern auch tiefverwurzelte antidemokratische und antiparlamentarische Ressentiments in weiten Kreisen der deutschen Gesellschaft. Auch das aufstrebende Bürgertum des 19. Jahrhunderts, das in westlichen Nachbarländern die Entwicklung zu Demokratie und Parlamentarismus entscheidend vorangetrieben hat, hat sich in Deutschland lange Zeit aus Angst vor Status- und Privilegienverlust nur zögerlich für die Entwicklung eines repräsentativen Regierungssystems eingesetzt. Vor diesem Hintergrund war eine erfolgreiche Entwicklung der 1949 gegründeten parlamentarischen Republik alles andere als sicher. Um so höher ist die Arbeit der früheren Parlamentarierinnen und Parlamentarier des Deutschen Bundestages zu würdigen. Es ist ihnen und den nachfolgenden Generationen von Abgeordneten gelungen, in die Gesellschaft hineinzuwirken und die Demokratie fest zu verankern.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heute wird oft so getan, als ob uns das alles in den Schoß gefallen sei, als ob uns 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland – 40 Jahre ohne die Menschen in der DDR, zehn Jahre in Einheit – keinerlei Anstrengungen abgenötigt hätten. Ich glaube, es war kein friedliches Miteinander. Parlamentsarbeit war und ist überhaupt nicht leicht. Es gab große Auseinandersetzungen um den richtigen politischen Weg und um die zugrundeliegenden Ziele. Persönliche Diffamierungen waren in den 50er, in den 60er und auch noch in den 70er Jahren, als grundlegende Fragen der zukünftigen Entwicklung zur Entscheidung anstanden, schärfer als heute. Es wurde gestritten – das wurde schon erwähnt – um die Wiederbewaffnung, um die Westbindung, um die Ostpolitik, um die Notstandsgesetzgebung, um den NATO-Doppelbeschluß, um die Kernenergie, um das Versöhnen von Ökonomie und Ökologie, um die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs, um die Gleichberechtigung der Frauen, um Ehe- und Familienrecht und um Bonn und Berlin. Es waren oft auch schmerzhaft Debatten. Aber die Parlamentarier haben gelernt, argumentativ mit-

einander umzugehen. Es sind Entscheidungen getroffen worden, die sich in der gesellschaftlichen Wirklichkeit bewährt haben. Die strittigen Debatten haben unserer Demokratie gutgetan. Wir brauchen diese positive, vorwärtsweisende Streitkultur. Kompromisse wurden akzeptiert und weiterentwickelt. Durch den gemeinsamen Willen, die verfassungsgemäße Ordnung zu respektieren und auszubauen, gab das Parlament der politischen Diskussion eine Orientierung, die Kontinuität und Verlässlichkeit herstellte und Verantwortungsbewußtsein weckte.

Der Deutsche Bundestag war immer auch ein Regierungsparlament. So wird sich auch Herr Gysi daran gewöhnen müssen, daß es eine Parlamentsmehrheit gibt, die das durchsetzt, was sie durchsetzen will. Nach den negativen Erfahrungen der Weimarer Republik war es der Wunsch der Verfassungsmütter und -väter, für stabile Regierungen zu sorgen und Regierungsverantwortung im Parlament zu verankern. Das hat sich bewährt und wirkt auch heute noch so effizient wie früher.

Es ist bei Rollenwechseln manchmal nicht so einfach. Aber auch dieser Rollenwechsel gehört zur Demokratie. So müssen die neue Regierungskoalition und ihre Abgeordneten lernen, daß sie jetzt für die Umsetzung von Konzepten verantwortlich sind, das heißt, daß sie Probleme lösen und Realitäten akzeptieren müssen. Zukunftsgestaltung in der Demokratie heißt Regierungsverantwortung tragen, das heißt Mehrheiten bilden, um die gemeinsam erarbeiteten Vorhaben der Regierung auch umsetzen zu können. Das ist die vornehmliche Aufgabe. Diese Rolle muß ausgefüllt werden, auch wenn es schwerfällt. Sie ist der einzige Weg, um kontinuierliche und verlässliche Regierungsarbeit zu gestalten.

Aber auch die Opposition muß sich in ihre Rolle hineinfinden und die Balance zwischen konstruktiver Mitarbeit, kritischer Begleitung und Kontrolle der Regierungstätigkeit suchen. Oppositionsabgeordnete müssen erfahren, daß sie ganz fleißig viele Anträge aller Art stellen können und gleichwohl nicht die Mehrheit haben, um sie durchzusetzen. Ich habe das 16 Jahre lang schmerzhaft erfahren. Ich habe den festen Willen, in diese Situation so schnell nicht wieder zurückzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Am 7. September 1949 wurde die erste Sitzung des Deutschen Bundestages eröffnet. Alterspräsident war der Sozialdemokrat Paul Löbe. Er war in der Weimarer Republik Präsident des Reichstages. Mit einer eindrucksvollen Rede eröffnete er die konstituierende Sitzung. Lassen Sie mich ein Zitat, das auch schon der Kollege Rezzo

Schlauch erwähnt hat, aus dieser Rede vortragen – man muß sich das einmal vorstellen: 50 Jahre ist das her –:

Indem wir die Wiedergewinnung der deutschen Einheit als unsere erste Aufgabe vor uns sehen, versichern wir gleichzeitig, daß dieses Deutschland ein aufrichtiges, von gutem Willen erfülltes Glied eines geeinten Europas sein will. Ich habe dieses Bekenntnis bereits als Präsident der deutschen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa an die Konferenz in Straßburg gerichtet und wiederhole es in dieser historischen Stunde: Uns bewegt nicht, wie es früher geschehen ist, der Gedanke an irgendeine Form von Vorherrschaft. Wir wollen mit anderen Gleichberechtigten in den Kreis der europäischen Nationen eintreten.

Heute ist in der Bevölkerung der Weg nach Europa noch nicht so akzeptiert, wie es eigentlich sein sollte. Ich möchte, daß wir im Bundestag die europäische Integration und den Weg dahin noch mehr thematisieren. Für mich ist dieser Weg nach Europa, den wir schon zurückgelegt haben, eine große Friedensleistung, und Schritt für Schritt muß beharrlich weitergearbeitet werden, auch wenn es mühsam ist. Unsere Großväter – so wird immer wieder gesagt – haben in Europa als Erbfeinde gegeneinander gekämpft. Ihre Enkelinnen und Enkel aber können in einem frei gewählten Europäischen Parlament zusammenarbeiten. Die Erweiterung der Europäischen Union zeigt im übrigen, wie attraktiv dieses Modell der Integration in Europa ist. Es wird von uns abhängen, wie wir dieses Europa nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, demokratisch, sozial und ökologisch zu einem Vorbild für andere Regionen in der Welt machen.

Ich jedenfalls bin zuversichtlich, daß das neugewählte Parlament selbstbewußt arbeiten und seine Rechte sachlich und konstruktiv nutzen wird. Manches kommt uns noch ein bißchen fremd vor; aber es ist richtig und wichtig, daß sich das Verhältnis zwischen Europäischer Kommission und Europäischem Parlament konstruktiv, transparent und in kritischer Offenheit gestaltet. Wir müssen auch in diesem Parlament europäische Integration besonders thematisieren. Wir müssen mehr als bisher begreifen, daß politische Entscheidungen auf die europäische Ebene verschoben werden. Das ist gut so, und wir sollten es auch nach draußen artikulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Jetzt sind wir in Berlin. Ein neuer Abschnitt beginnt. Nehmen wir unsere Verantwortung für die Weiterentwicklung unserer Demokratie für die nächsten Jahre wahr. Sorgen wir mit der Arbeit und der Auswahl unserer Diskussionsgegenstände und der Art der Ausein-

andersetzung dafür, daß wir auch weiterhin in die Gesellschaft hineinwirken und positiv an ihrer Veränderung mitarbeiten! Dabei sollten wir auch künftig den Mut haben, neue Wege zu gehen.

Mir haben zum Beispiel in diesem Parlament neben den ganz großen Ereignissen immer jene Debatten besonders gut gefallen, die wir offen geführt haben, zu Themen, die fraktionsübergreifend zu einer Konsensentscheidung führten. In der Lebendigkeit der kurzen Debattenbeiträge der Kolleginnen und Kollegen kamen nicht nur die Argumente prägnanter heraus; vielmehr kam auch das Engagement der Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck. Mir ist die Debatte zur Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs in Erinnerung. Ich glaube, diese Debatte war ein gutes Beispiel für die Solidarität der Kolleginnen über die Fraktionsgrenzen hinaus. Stellvertretend für die Kolleginnen möchte ich heute unserer Ministerin an ihrem Geburtstag sagen: Wenn es jetzt um die Weiterentwicklung, um das Vorantreiben von Konzepten für Frauen im Beruf geht – auch gegen manchen Mann, der das immer noch nicht so wichtig findet –, dann haben Sie die Unterstützung der Kolleginnen in diesem Deutschen Bundestag.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich erinnere auch an die Debatte über das Organspenden. Ich erinnere an die Debatte über die Verhüllung des Reichstages. Ich erinnere an die Debatte über das Holocaust-Mahnmal, und ich erinnere auch an die Debatte über den Umzug von Bonn nach Berlin. Wir sollten diese Art der Debatte weiterführen, weil sie lebendig ist und Argumentationslinien aufzeigt.

Wir sollten uns auch daran erinnern, daß wir immer gut beraten waren, Redner von außen einzuladen, die uns Gedankenbilder und Argumentationsketten näherbrachten, die in diesem Haus nicht alltäglich sind. Ich will zwei Beispiele nennen: Am 28. April 1995 sprach der polnische Außenminister Bartoszewski zu uns, und am 27. Januar 1998 war Professor Dr. Yehuda Bauer aus Israel bei uns. Beide Ereignisse waren bedeutsame Stunden für unser Parlament. Machen wir auch weiterhin diesen Ort zur Stätte des politischen Dialogs und zur Werkstatt der Demokratie, wie Frau Süßmuth gesagt hat! An dieser Stelle möchte ich ihr für all die Anregungen, die sie durchgesetzt hat, noch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir haben das große Glück, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es eigentlich auch schon in Bonn der Fall war, daß der Bundestag im Reichstagsgebäude eine städtebauliche Attraktion darstellt. Die Be-

völkerung ist interessiert und begeistert. Der Kollege Kansy hat bei der Schlüsselübergabe zu Recht ausgeführt,

Bauten geben eine bleibende Antwort auf die Frage, wie sehen wir uns eigentlich als Parlament in dieser Stadt, in diesem Land, in dieser Zeit, als Bauherr zwischen den mächtigen Bauten des Kommerz, der Kirchen, den Hinterlassenschaften von Königen, Fürsten und zwei Diktaturen ... Wenn unsere Demokratie dauerhaft angelegt sein will, muß sie auch baulich etwas darstellen.

Das hat er sehr schön formuliert; damit hat er auch recht, meine Damen und Herren. Denn es tut der Demokratie gut und ist auch ein Stück Anerkennung und Herausforderung.

Nehmen wir also dieses Haus und diesen Plenarsaal alle miteinander als Ort der parlamentarischen Debatte an, in den man auch dann hineingeht, wenn man nicht der Redner ist. Man kann übrigens – das ist meine Erfahrung als Vizepräsidentin – sehr viel lernen, wenn man Debatten verfolgt, in denen es nicht um die eigenen Themen geht. Ich ermuntere uns alle mit Nachdruck, darüber nachzudenken, wie wir es schaffen können, daß durch gute Präsenz der eigenen Kolleginnen und Kollegen in diesem wunderschönen Plenarsaal mit seiner Ausstrahlung nach außen manifestiert wird, wie ernst wir den Neubeginn in Berlin nehmen. Helfen wir uns gegenseitig dabei! Es lohnt sich: Die Redner haben es dann leichter, die Zwischenrufe sind interessanter, und der Beifall ist größer. Wenn wir dann noch intelligente Debatten führen und überzeugende Lösungen finden, dann wäre es sinnvoll, daß auch die Geschäftsführer über diese Anregung nachdenken.

Wir brauchen Engagement und Menschen in der Gesellschaft, die Nähe zur Demokratie entwickeln und sich für die Menschen in unserer Gesellschaft einsetzen.

Weil es mir so gut gefallen hat, schließe ich mit einem weiteren Zitat von Paul Löbe getreu dem Motto: Es ist alles schon einmal dagewesen. Er begrüßte nämlich an jenem 7. September 1949 die Presse und sagte:

Und ich füge daran die Bitte, Ihre Berichterstattung und Ihre Kritik nicht in Sensationen und Zwischenfällen zu suchen, sondern die praktische Arbeit des Bundestages zu würdigen.

Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

11.11.53
wie
"Freunde"?



Präsident Wolfgang Thierse: Als letzter Redner hat nun der Kollege Michael Glos von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Michael Glos (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Wunsch nach 50 Jahren Deutscher Bundestag ist, daß unsere Bürgerinnen und Bürger sagen: Unser Parlament, der Deutsche Bundestag, verdient Vertrauen. Nie zuvor in der Geschichte Deutschlands als Republik war die Stellung des Parlaments im Gefüge der Institutionen stärker. Die Abgeordneten des Bundestages können etwas bewegen und gestalten, auch aus der Opposition heraus. Ich wünsche mir deswegen mutige Parlamentarierinnen und Parlamentarier.

Verfassung und Wahlrecht unseres Landes haben immer stabile Mehrheiten begünstigt. Die Bundesrepublik Deutschland hat dank eines starken Parlaments immer Regierungen mit einem klaren Mandat gehabt. Der Deutsche Bundestag genießt, wie wir heute durch die hochrangigen Besucher aus aller Welt erfahren, auch entsprechendes Vertrauen. Darauf können wir stolz sein.

Dieses Haus ist von großen Parlamentarierinnen und Parlamentariern geprägt worden. Gestatten Sie mir, daß ich an ein paar Parla-

mentarier der CSU erinnere: Die erste Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages war Maria Probst von der CSU. Sie hat sich vor allen Dingen für die Schwachen und Benachteiligten eingesetzt. Der am längsten amtierende Vizepräsident des Deutschen Bundestages war Richard Jaeger. Er war ein leidenschaftlicher Debattenredner. Ich erinnere auch an Richard Stücklen. Er hat mit seiner humorvollen Art und mit seiner menschlichen Debattenführung als Präsident im Hohen Hause viel Achtung genossen und war sehr populär.

(Zuruf des Bundesministers Joseph Fischer)

– Mit Verlaub, Herr Fischer, da Sie schon den Zwischenruf gemacht haben: Auch Sie haben sich einmal auf Ihre unnachahmliche Art mit ihm angelegt. Damals hätte man noch nicht geglaubt, daß Sie einmal im edlen und teuren Zwirn auf der Regierungsbank sitzen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU – Lachen bei der SPD)

Im Deutschen Bundestag sind Weichen für die Erfolge Deutschlands in den vergangenen fünf Jahrzehnten gestellt worden. Vieles war umstritten. Plenardebatten haben unter anderem den Sinn, daß man den Menschen die Gründe für die Entscheidungsfindungen deutlich macht und daß auch die Unterschiede deutlich werden. Denn Wählen heißt ja Auswählen. Wenn es manchmal so aussieht, als ob – ich benutze einmal einen Ausdruck aus der Szenesprache – die „Konsenssoße“ zu dick wäre, dann schalten die Leute ab. Insofern müssen wir unsere Gegensätze und unterschiedlichen Auffassungen über unsere Wege den Menschen hier immer wieder ganz klar zeigen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die deutsche Einheit ist vollendet. Der Aufbau der neuen Länder kommt trotz aller Schwierigkeiten gut voran. Für mich war das eindrucksvollste Erlebnis im Deutschen Bundestag und gleichzeitig eine Mahnung gegen Routine das Erlebnis am 9. November 1989, zirka 17 Uhr, im Wasserwerk, als die ersten Tickermeldungen gekommen sind, daß die Mauer geöffnet ist. Wir hatten gerade eine Debatte über Vereinsförderung. Es klang unglaublich, und wir haben nachgefragt. Niemand wollte eigentlich die Debatte beenden; sie ist so gut gelaufen. Bundeskanzler Kohl war in Polen. Man ist als ordentlicher Parlamentarier gewohnt, erst bei der Regierung zu fragen, ob man etwas Bestimmtes machen darf. Aber niemand war zu erreichen. Wolfgang Schäuble war in Polen dabei. Ich war damals finanzpolitischer Sprecher der Union, und ich habe gesagt: Wir hören jetzt auf. Zu Karl-Heinz Spilker habe ich gesagt: Du bist der nächste Redner von uns, du gehst jetzt ans Rednerpult und sprichst nicht nur zur Vereinsförderung, sondern sagst, daß, wenn die Tickermeldungen stimmen, Deutschland wiedervereinigt ist. Das wollte er erst

nicht tun. Ein Kollege, der später zu Regierungsehren gekommen ist, hat sich dann bei mir später bitter beschwert, daß man nicht erst das Vereinsförderungsgesetz zu Ende beraten hat.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Ich muß auch an die Adresse der SPD sagen: Wir haben damals ausgemacht, daß wir am Schluß der Debatte miteinander unsere Nationalhymne singen, soweit es möglich war.

(Ludwig Stiegler (SPD): Kein Vorwurf! Wir haben mitgesungen!)

- Bei Ihnen von der SPD haben nur ganz wenige mitgesungen, lieber Herr Stiegler. Auch das ist richtig und gehört zur geschichtlichen Wahrheit.

(Ludwig Stiegler (SPD): Wir haben alle mitgesungen!)

Ich wollte eigentlich sagen, daß wir nicht nur unsere Tagesordnungen abspulen dürfen, sondern daß wir tagesaktuell sein müssen, daß wir das, was die Menschen jeweils bewegt, auch zum Gegenstand unserer Erörterungen machen müssen.

Noch ein Weiteres. Das Parlament muß frei entscheiden können; es darf keine Pressionen der Straße geben. Ich erinnere mich sehr gut an die Debatten und die Entscheidung zum neuen Asylrecht. Damals sind wir nur auf ganz abenteuerlichen Wegen - die einen mit Hubschraubern, die anderen mit Schiffen; Gott sei Dank mußten keine Unterseeboote eingesetzt werden - ins Parlament gekommen, weil Ihre Freunde, Herr Fischer, auf der Straße losgelassen waren.

(Rezzo Schlauch (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Losgelassen!

- Bundesminister Joseph Fischer: So ist das halt mit der Freundschaft!)

Auch das sind historische Wahrheiten. Wir müssen aufpassen, daß es auch in Berlin künftig möglich ist, daß das Parlament über Themen frei entscheiden kann, auch wenn das Bannmeilengesetz nicht wirksam wie in Bonn ist.

Ich möchte noch ein Weiteres sagen. Ich möchte auch dem Bundesrat zum 50jährigen Jubiläum herzlich gratulieren. Aber es muß natürlich Parteien geben, die die Interessen der Länder im Bundestag ganz besonders vertreten, nicht nur im Bundesrat. Da darf die CSU-Landesgruppe für sich in Anspruch nehmen, immer für den Föderalismus in Deutschland gekämpft zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU - Ludwig Stiegler (SPD): Eigenlob riecht toll!)

• Gänge frei ?

- Herr Stiegler, Sie von der bayerischen SPD hätten das nicht getan. Auch das wäre parlamentarisch richtig.

(Ludwig Stiegler (SPD): Hättest du mir was gesagt, Michi, hätte ich es zum Geburtstag getan!)

Sie geben vor, Bayern zu vertreten. Es gehört auch zur geschichtlichen Wahrheit, daß man die Leistungen, die für Bayern hier im Deutschen Bundestag gerade von der CSU-Landesgruppe - von wem auch sonst? - erbracht worden sind, einmal lobt. Wenn Sie das nicht tun, müssen wir es selber tun.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Ein Letztes: Wir waren immer für Geschichtsbewußtsein und Patriotismus. Das sollten wir weiter pflegen, auch wenn darüber oft sehr viel gestritten und darum gerungen wird. Allein dieser Bau hat sehr viel Streit erzeugt. Dafür ist er, wie ich meine, immer noch gelungen. Ich könnte jetzt wieder lange über die Kuppel reden; ich tue es nicht, weil Sie es alle erwartet haben.

(Wenn
bist-
fassen
ok
(Freude))
Ich freue mich, daß es gelungen ist, gestern in diesem Bau ein Kreuz zu enthüllen, das eindeutig ein Kreuz ist - nicht nur stilisiert und halb versteckt. Denn ich bin der Meinung: In einem christlichen Land gehört es dazu, daß im Parlament das Zeichen des Kreuzes ganz klar zu sehen ist. Wenn sich manche dafür so intensiv eingesetzt hätten wie für die Freilegung von dunklen Teilen unserer Geschichte, die etwas überbetont worden ist, dann ergäbe sich, so glaube ich, die richtige Ausgewogenheit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(sichere?)
Lassen Sie mich noch in Entgegnung auf Rezzo Schlauch sagen, der erwartungs- und pflichtgemäß die Klage erhoben hat, daß im Land Brandenburg die äußerst rechten, die dumpfen Kräfte der DVU in das Parlament gewählt worden sind: Ich beklage das mit Ihnen. Aber wenn wir dies lauthals beklagen, müssen wir die Frage stellen, ob nicht radikale Kräfte auf der linken Seite, die man gewähren läßt, letztendlich provozieren, daß sich auf der rechten Seite ähnliches bildet.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ist nicht total vergleichbar, aber es ist schon interessant, zu schauen, wer wo regiert hat, als entsprechende Bewegungen entstanden sind. Jedenfalls müssen wir uns einig sein, dies alles zu bekämpfen. Die Lehre heißt: Radikalismus von links und rechts muß gleichermaßen bekämpft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es bleibt die Herausforderung des Parlaments und damit die Herausforderung aller Deutschen, die parlamentarische Demokratie hochzuhalten. Dies muß täglich neu praktiziert werden. Wir müssen die parlamentarische Demokratie täglich neu festigen. Meine Bitte ist: Laßt uns gemeinsam an dieser gewaltigen Aufgabe weiter arbeiten!

Danke schön.

Symples / Anetles ?
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsident Wolfgang Thierse: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch ein Wort des Dankes sagen, zunächst der amtierenden Präsidentin der Interparlamentarischen Union, Frau Professor Heptulla, für ihre Ansprache. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Im Namen des ganzen Hauses möchte ich auch noch einmal den Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der Staaten des Europarates und der G-8-Staaten danken, daß sie uns die Ehre ihrer Anwesenheit zu diesem besonderen Anlaß gegeben haben.

(Beifall)

Seit heute schmückt die Wand – der Kollege Schäuble hat schon darauf hingewiesen – die Europafahne. Nehmen Sie das als ein ernsthaftes Symbol, daß auch in Berlin europäisch gesinnte Politik von diesem Hause ausgehen wird!

(Beifall)

Die Gäste haben uns Geschenke mitgebracht. Ein Geschenk ist sichtbar: Das Blumenkunstwerk hier im Saal ist ein Geschenk des holländischen Parlamentes. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Wenn man so, gewissermaßen umzingelt von Freunden, Geburtstag feiern kann, dann ist das ein schöner Tag. Lassen Sie uns alle gemeinsam zum Schluß unsere Nationalhymne singen.

Nationalhymne